Nr. 249. Halle (Saale), Dienstag, den 23. Oktober 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Nur: 42/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (99 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Nur: 42/44. Fernsprecher: 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 23. Oktober 1917. (W. T. B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die in Flandern zwischen Draaibank und Poelkapelle sich gestern morgen entwickelnden Kämpfe dauerten bis gegen Abend. Die Ziele der französisch-englischen Angriffe lagen nach aufgefundenen Befehlen 2 bis 2½ Kilometer hinter unserer vorderen Linie. Der anfangs nur am Südrande des Houthoulster Waldes tiefer in unsere Abwehrzone gedrungene Feind wurde durch Gegenangriff zurückgeworfen; von den Gegnern herangeführte Verstärkungen konnten den geringen Raumgewinn von höchstens 300 Meter Tiefe bei 1200 Meter Breite nicht erweitern. Bei Poelkapelle wurden in hin- und hervogendem Kampf gegen die vormittags und erneut am Abend vorbrechenden starken Angriffe der Engländer unsere vorderen Trichterlinien behauptet oder zurückgewonnen. In den übrigen Stellen des Angriffsfeldes scheiterte der feindliche Ansturm völlig. Tief gegliederte Angriffe richteten sich auch gegen den Frontabschnitt beiderseits von Gheluvelt. Hier brach unsere Abwehrwirkung die Kraft des englischen Stoßes, der nirgends an unsere Hindernisse gelangte. Franzosen wie Engländer hatten in unserem gegen das Kampfgelände zusammengefaßtem Feuer schwere, blutige Verluste und ließen Gefangene in unserer Hand. Der gestrige Schlachttag in Flandern brachte uns einen vollen Erfolg.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Die Artillerieschlacht nördlich von Soissons setzte vormittags mit voller Wucht wieder ein, nachdem es an dem nebligen Morgen bei geringer Feuertätigkeit nur zu Erkundungsvorstößen der Franzosen gekommen war. Der Munitionseinsatz aller Kaliber erreichte am Abend im Kampfgebiet zwischen dem Ailette-Grund und Braye eine gewaltige Höhe. Bei Eintritt der Dunkelheit ließ das feindliche Feuer nach, um dann von Mitternacht an sich zu anhaltender Trommelwirkung zu steigern. Bei Hellwerden hat mit starken französischen Angriffen die Infanterischlacht begonnen. Auf dem Ostufer der Maas stürmten ostfriesische Kompagnien und Teile eines Sturmbataillons nach trefflicher Feuervorbereitung die Höhe 326 südwestlich von Beaumont. Mehr als 100 Gefangene wurden eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die Gesamtbeute der Operationen gegen die Inseln im Rigaischen Meerbusen beträgt: 20 130 Gefangene, über 100 Geschütze, davon 47 schwere Schiffsgeschütze, einige Revolverkanonen, 150 Maschinengewehre und Minenwerfer, über 1200 Fahrzeuge, gegen 2000 Pferde, 30 Kraftwagen, 10 Flugzeuge, drei Staatskassen mit 365 000 Rubel, große Vorräte an Verpflegungsmaterial und Kriegsgerät. — Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer kam es nirgends zu größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front. Bei Regenwetter ließ vormittags durchweg die Gefechtstätigkeit nach. Abends nahm sie bei Monastir, im Cernabogen und vom Westufer des Wardar bis zum Doiransee wieder an Heftigkeit zu.

Die Versenkungen im September.

Berlin, 22. Oktober. Durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte sind im Monat September insgesamt 672 000 Brutto-Registertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraumes versenkt worden. Damit erhöhen sich die bisherigen Erfolge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges auf 6 975 000 Brutto-Registertonnen. (Amtlich.)

Die Versenkungen in den Vormonaten waren bedeutend größer. Einige Monate wiesen Versenkungen von über eine Million Tonnen auf. Im August wurden 808 000 Tonnen vernichtet. Die Presse führt das Sinken der Vernichtungsziffer auf das Abnehmen der Welttonnage zurück, während einige englische Blätter behaupten, die Mittel zur Verteidigung gegen U-Boote seien jetzt weit besser. Von Wichtigkeit wäre eine Angabe, wieviel von dem versenkten Schiffsraum englisch ist und wieviel auf Schiffe neutraler Staaten entfällt.

Neue Versenkungen. Berlin, 22. Oktober. Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum 15000 Tonnen versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein bewaffneter, anscheinend mit Erz beladener Dampfer, ferner die englischen Schooner Halcyone mit Kohlenladung und Joshua mit Porzellanerde nach Dieppe. Eines unserer Unterseeboote hatte im englischen Kanal ein Gefecht mit einer U-Boots-Falle, in Gestalt eines versteckt bewaffneten Dreimastschooners, in dessen Verlauf der Segler zwei Treffer erhielt, einen durch die Takelage, einen zweiten in den Schiffsrumpf. (Amtlich.)

Ueber U-Boot-Verluste. Wien, 22. Okt. Ein italienischer halbamtlicher Bericht gibt an, daß bis heute mit Sicherheit festgestellt sei, daß im Adriatischen Meer 11 feindliche Unterseeboote versenkt worden seien, nicht zu erwähnen zahlreiche andere, deren Verlust nicht ganz sicher sei. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Kriegsmarine seit Kriegsbeginn noch nicht die Hälfte der angegebenen Zahl von Unterseebooten verloren hat, während die deutsche Marine in diesen Gewässern den Verlust eines einzigen Unterseebootes zu beklagen hat. (Wiener Korr.-B.)

Ueber den letzten Luftschiffangriff auf England liegen viele Meldungen vor. In London sollen nur drei Bomben niedergefallen sein, die 19 Menschen töteten. In Frankreich will man sechs Zeppeline vernichtet oder gefangengenommen haben, doch stellt die deutsche Kriegsleitung fest, daß nur vier Luftschiffe nicht zurückgekehrt sind. Die Ursache des Mißgeschicks sei lediglich in den abnormen Witterungsverhältnissen zu erblicken. Der dichte Nebel habe eine Orientierung schwergemacht, so daß das Abgetriebenwerden nach Frankreich erfolgte. Einige in Frankreich zum Landen gezwungene Zeppeline wurden von der Mannschaft verbrannt; in Bourbonne ist das jedoch von Franzosen verhindert worden, so daß das Luftschiff in französische Hände fiel

Rußland.

Das Friedensprogramm des A.- und S.-Rates.

Petersburg, 22. Oktober. Der ausführende Hauptausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Wahl des ehemaligen Arbeitsministers Skobelew zum Vertreter der russischen Demokratie auf der Konferenz der Alliierten in Paris folgende auf die Friedensfrage bezügliche Anweisungen für ihn ausgearbeitet:

1. Räumung Rußlands durch die deutschen Truppen, Autonomie für Polen, Litauen und die lettischen Provinzen; 2. Autonomie für Türkisch-Armenien; 3. Lösung der elsaß-lothringischen Frage durch Volksabstimmung unter Bedingungen völliger Freiheit der Abstimmung; 4. Wiederherstellung Belgiens und Entschädigung für seine Verluste aus einem internationalen Fonds; 5. Wiederherstellung Serbiens und Montenegros mit Entschädigungen, die von einem internationalen Fonds aufzubringen sind. Serbien erhält einen Zugang zum Adriatischen Meer. Bosnien und die Herzegowina sollen autonom werden; 6. die strittigen Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufige Autonomie bis zu einer Volksabstimmung; 7. Rumänien wird in denselben Grenzen wiederhergestellt und gibt das Versprechen, der Dobrudscha Autonomie zu gewähren und verspricht feierlich, Artikel 3 des Berliner Vertrages über die Gleichheit der Rechte der Juden in Wirksamkeit zu setzen; 8. Autonomie für die italienischen Provinzen Oesterreichs bis zu einer Volksabstimmung; 9. Zurückgabe seiner sämtlichen Kolonien an Deutschland; 10. Wiederherstellung Persiens und Griechenlands; 11. Neutralisation aller Meerengen, die in innere Meere führen, sowie des Suez- und Panamakanals, Freiheit der Handelsschiffahrt und Abschaffung des Rechts zur Kaperung und Torpedierung von Handelsschiffen; 12. alle Kriegführenden verzichten auf Kontribution oder Entschädigung, unter welcher Form es auch sei. Alle während des Krieges auferlegten Kontributionen sind zurückzuerstatten; 13. jedes Land ist unabhängig hinsichtlich seiner Handelspolitik, aber alle Länder verpflichten sich, auf eine Handelsblockade nach dem Kriege zu verzichten und keine gesonderten Zollabkommen zu schließen; 14. die Friedensbedingungen werden auf einem Friedenskongreß von Vertretern festgesetzt, die von den nationalen Vertretungen gewählt werden. Diese Bedingungen sind von den Parlamenten zu bestätigen. Die Diplomatien verpflichten sich, keine Geheimverträge, die als dem Völkerrecht zuwiderlaufend, also für nichtig erklärt werden, zu schließen; 15. allmähliche Abrüstung zu Lande und Wasser und darauffolgende Einführung des Milizsystems.

Die Anweisungen schließen mit der Empfehlung, zu versuchen, alle der Stockholmer Konferenz im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen und die Auslieferung von Pässen für die Parteien zu erlangen, die daran teilzunehmen wünschen.

Die Vertretung des Sowjets auf der Kriegszielkonferenz. Das Organ des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, die Iswestija (Nachrichten), teilt mit, daß der Zentralausschuß beschlossen habe, einen demokratischen Vertreter nach der Alliiertenkonferenz in Paris zu schicken. Das Blatt bemerkt ferner: „Unter Vertreter wird die gleichen Rechte wie die der provisorischen Regierung genießen. Er ist beauftragt, die Erklärung abzugeben, daß die alten Verträge Kriegsverträge seien und daß wir künftighin solche des Friedens wünschen."

Die Teilnahme der Neutralen. Eine Meldung aus Petersburg besagt, daß die Sowjets in ihre Friedensbedingungen u. a. auch die Teilnahme aller Neutralen an dem Friedenskongreß verlangen.

Sensationsnachrichten sprengt die italienische Presse aus, um gegen Rußland scharf zu machen. Die Secolo aus London meldet, „erwartet" man jeden Augenblick die Hiobspost von der „Uebergabe oder Vernichtung der blockierten russischen Ostseeflotte". In Petersburg sei eine ungeheure Panik ausgebrochen. Die Petersburger Bevölkerung fliehe mit allen verfügbaren Mitteln und verbreite dabei die Panik im ganzen Hinterlande. Die Betriebe aller größeren, sich mit der Herstellung von Munition beschäftigenden Fabriken seien bereits aus Petersburg entfernt worden. Man befürchte, daß nun bald Zeppelinangriffe auch auf die Hauptstadt unternommen würden. Und so weiter.

Die Forderungen der belgischen Sozialisten.

Haag, 22. Oktober. In einem Brief an den Socialiste belge schreibt Hynsmans: Ich will für mein Land die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung, d. h. die vollständige Unabhängigkeit und Bezahlung der Schäden, die wir erlitten haben durch den Angreifenden. Hinsichtlich der auswärtigen Politik will ich, daß Belgien sich mit niemanden verbündet und bleibt, was es war. Keine Annektionen, keine hollandfeindliche Politik, keine Grenzerweiterung nach irgend einer Seite. Wenn die Luxemburger wieder Belgier werden wollen, so mögen sie es sagen. Wenn Deutschland uns die wallonischen Dörfer Preußens abtreten will, sind sie willkommen. Aber wir verlangen nichts in dieser Richtung. Keinen Wirtschaftskrieg, dessen erstes Opfer wir selbst wären. Hinsichtlich unserer inneren Politik keine Scheidung in Wallonen- und Flamentum. Ich zähle stark auf die wallonischen Sozialisten, damit die Flamen die kulturelle Autonomie, die sie verlangen, ebenso genießen, wie die Wallonen seit 1831.

*

„Der Krieg wird noch lange dauern." Athen, 21. Oktober. (Havas.) Der Minister des Äußern gab in der Kammer in Erwiderung auf die Ausführungen eines Abgeordneten, der von einem baldigen Frieden gesprochen hatte, folgende amtliche Erklärung ab: Der Gedanke eines Friedensschlusses wird in der ganzen Welt von Personen verbreitet, die zu Gruppen oder Regierungen gehören, denen daran gelegen ist, die öffentliche Meinung zu täuschen. Der Friede steht noch nicht vor der Tür, der Krieg wird lange dauern. Sie alle müssen sich dies vor Augen halten, ebensosehr wegen der Lasten, die wir durch die Fortsetzung des Krieges zu tragen haben, als auch wegen der Wohltaten, die aus ihm entspringen werden und aus denen wir Nutzen ziehen werden. Es liegt ein formeller Entschluß auf Seiten aller Alliierten und befreundeten Staaten vor, wonach der Krieg nicht vor der Entwurzelung des Militarismus, der diesen furchtbaren Orkan entfesselte, beendigt werden wird.

Nach dem Parteitage.

Die Festlegung der reinen, grundsatzlosen Opportunitätspolitik.

Der Parteitag der rechtsstehenden alten sozialdemokratischen Partei hat keine Ueberraschungen gebracht. Nachdem man die konsequent gebliebene sozialistische Opposition abgestoßen hatte, war es klar, daß ein Parteitag die neue Politik des 4. August, die Kriegspolitik funktionieren werde. Das ist das Entscheidende, das alles weitere bestimmt. Es bedeutet, daß die alte Partei endgültig die sozialdemokratische Klassenpolitik verlassen hat, es bedeutet weiteren Bruderkampf in der Arbeiterklasse. Und diese Entscheidung erfolgte mit erdrückender Mehrheit, wobei die in der alten Organisation gebliebene „Opposition" derer um Hoch fast ganz verschwand. Das war nicht anders möglich — und ist für die Opposition nicht unverdient. Diese Opposition ist eine geborene Halbheit und muß deshalb fast- und kraftlos bleiben. Sie sagt zwar, sie halte an der konsequent sozialdemokratischen Klassenkampftaktik fest, aber das ist nicht wahr. In Wirklichkeit stellt sie die organisierte „Parteieinheit" höher als ihre politischen Grundsätze, womit sie die Form der Organisation als das Wesen ansieht und nicht ihren geistigen Gehalt. So ist sie zum Nebenhertrotten in der Scheidemannpartei verurteilt. Für den wirklichen Stand der Dinge wirkt sie nur verschleiernd, weil die triumphierende Rechtsrichtung ausrufen kann: seht, wie duldsam wir sind; wir haben in unsern Reihen Platz auch für jene, die die Politik der Unabhängigen vertreten, aber unsere Opposition „hält Disziplin". Kommt doch wieder zu uns — und tut desgleichen.

So hat man denn in Würzburg sehr viel von „Wiedervereinigung" geredet, dann aber einen Beschluß gefaßt, der in der Sache den schärfsten Trennungsstrich zieht. Der Beschluß bekräftigt die Kriegspolitik und sagt, daß sich dem zu fügen sei. Das wußte man schon immer, dazu brauchte es keines Parteitages. Die strittige Frage ist eben die Politik. Und hier verstehen wir uns nicht.

Der Parteitag bedeutet in der Tat die Bestätigung der reinen Opportunitätspolitik. Die alte Partei orientiert sich nicht mehr nach großen Grundsätzen, sondern nach praktischen Zweckmäßigkeitsrücksichten des Alltags. Der Fraktion wird völlig freie Hand gelassen, sie kann gegen und für die Regierung entscheiden, sie kann Kredite und das Budget ablehnen oder bewilligen, sie kann in die Regierung eintreten oder draußen bleiben, ganz wie sie will. Diese nackte Opportunitätspolitik trat nur deshalb nicht noch greller hervor, weil man das alles mit einem großen Kriegstanze gegen den Dr. Michaelis umgab. Es kam Scheidemann so sehr gelegen, daß er auf Herrn Michaelis loszschlagen konnte. Er wäre aber in tödlichste Verlegenheit gewesen, wenn Michaelis auch nur eine Spur klüger und geschickter operiert hätte! Es ist lediglich das Verdienst des Herrn Michaelis, daß der Parteitag in „radikalen" Worten gegen „diese" Regierung schwelgen konnte. Sobald der Regierungskurs nicht mehr derart ungeschickt getrieben wird, hat die Scheidemanntaktik Oberwasser. Da wird sie sich staatsmännisch betätigen. Sie erstrebt ihren Anteil an der Bildung des Mehrheitsblockes und wird ihre Rolle dann durchführen. Welche Rolle? Nun — die bürgerlich-kapitalistische Politik zu sichern. Ein anderer Kurs ist von Freisinn, Zentrum und schließlich Nationalliberalen nicht zu erwarten. Im Augenblick, wo eine solche „Mehrheitspolitik", ein solch „parlamentarisches Regiment" ermöglicht wird, ist die Scheidemannpartei dabei. Sie erstrebt das als wichtigste Aufgabe. Das lehren die Zeichen.

Und nun denke man sich einmal, was die Sozialdemokratie sein könnte! Hätte sich die Mehrheit nach dem vierten August wieder zur sozialdemokratischen Taktik zurückgefunden, so daß die Partei einig bleiben konnte — wir ständen heute wohl vor der Verwirklichung unserer Ziele. Die einige und wirkliche Sozialdemokratie hätte so weiten Boden im Volke gefaßt, daß wir leicht zur Mehrheit werden würden. Die nächsten Wahlen hätten uns die Mehrheit der Wähler und die Mehrheit im Reichstage bringen können. Einer konsequent sozialdemokratischen Partei wären die Volksmassen wie früher in erdrückender Fülle zugeströmt und gefolgt. Jetzt aber führt der große Organisationsapparat der alten Partei die ihm noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171023-13/fragment/page=0001

anhängenden Massen ins nationalsoziale Lager. Das zerriß das Proletariat und zerreißt es weiter.

Welch ein unwürdiges Spiel gespielt wird, davon zeugt die Behandlung der entscheidenden Frage: **Kriegskreditbewilligung.** Schon bei der letzten Kreditbewilligung hatte man leise gedroht, man könne schließlich auch anders. In Würzburg hat man noch deutlicher gedroht, und am offensten schrieb der Vorwärts, daß bei Weiterbestehen der Regierung Michaelis mit der Kriegskreditablehnung zu rechnen sei. So, so! Jetzt auf einmal! Jetzt gibt man zu, daß die Kreditbewilligung **das Vertrauensvotum an die Regierung** ist. Jetzt will man auch unter die „schäbigen Gesellen, die der Vaterlandsverteidigung die Mittel verweigern", gehen, nachdem man die Unabhängigen deshalb als „Anarchisten" und „Verteidigungsnihilisten" gebrandmarkt und aus der Partei hinausgeworfen hatte. Jetzt will man „den Soldaten das Pulver und das Essen verweigern" — wie man uns hohnvoll anhing. Und warum will man das? Weil Herr Michaelis gar zu unzulänglich ist, weil gerade **er** regiert. Nicht grundsätzlich tritt man der bürgerlich-bureaukratisch-kapitalistischen Regierung mit seinem eigenen demokratisch-sozialistischen System gegenüber, sondern — um ein wenig mitregieren zu können.

Und was verkündet der erste Parteiführer Scheidemann? Er erklärte bei der letzten Kreditbewilligung (19. Juli), nachdem man Tags vorher hinter den Kulissen mit **Ablehnung** gedroht hatte:

„Wir werden die neuen Kredite **bewilligen.** Nicht etwa, um dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum auszustellen. Wir haben die Kredite immer nur **unserem Lande** bewilligt, wir bewilligen sie dem **deutschen Volke.**"

Hört, hört! „Unserem Lande", „dem deutschen Volke" werden die Kredite bewilligt. Und „unser Land" und „das deutsche Volk" will man jetzt im Stich lassen, will die Kredite ablehnen? Unerhört!

Freilich: unerhört ist nur das Spiel mit Worten, unerhört sind diese patriotisch-nationalistischen Wendungen. In Wirklichkeit weiß man, daß die Gelder **der Regierung** bewilligt werden, damit sie regieren und Krieg führen kann. Wer ihr die Gelder bewilligt, ermöglicht ihre Regiererei, macht sich zum Mitschuldigen an ihrer Politik, übernimmt die Verantwortung für sie, selbst wenn er das in Worten bestreitet. Worte sind Schall und Rauch, Geld ist die Tat. Worte und Taten stehen bei der Scheidemannfraktion in krassestem Widerspruch. — Der Vorwärts setzt bei der Ablehnungsdrohung den Fall, die Kredite würden abgelehnt. „Was, so fragt er, würde das bedeuten? Doch nur so viel, daß der Kanzler abzutreten hat und **daß die Kredite einem andern zu bewilligen sind.**" — Na, also! So viel Geschrei, um zu versichern, daß man unter allen Umständen — bewillige. Nur Michaelis darf der Mann nicht heißen. Von der Ablehnung des ganzen Systems, vom Kampfe gegen die bureaukratisch-kapitalistische Regierungsweise ist nicht die Rede. Deshalb hat auch die Opposition der alten Fraktion gegen die Regierung keine grundsätzliche Bedeutung. Sie ist eine Opportunitätsgeste, die mit dem Personenwechsel verschwindet.

Man mag die Taktik der alten Fraktion untersuchen, wo man will, immer stößt man auf die Tatsache, daß sie den grundsätzlichen sozialdemokratischen Machtkampf verlassen hat. Mit ihrer Kriegspolitik lebt sie von der Hand in den Mund. Sie verschleuderte das Vertrauen des erwachten klassenbewußten Proletariats. Ihr klebt noch das „greisenhafte" Erfurter Programm an, aber ihre Taktik ist nationalsozial. Begibt sich das gesamte Proletariat auf diesen Weg, so verkauft es sein Erstgeburtsrecht, seinen Anspruch, der Verwirklicher und Träger des Sozialismus zu sein.

*

Die bürgerliche Presse steht dem Parteitage sehr wohlwollend gegenüber. Die konservativen Schreiber müssen freilich immer noch die Sozialdemokratie als „gefährlich" erscheinen lassen, aber die liberale und fortschrittliche Presse feiert das Ergebnis von Würzburg als **erfreuliche Wendung.** Man begrüßt es, daß sich die Partei zu praktischer Mitarbeit bekannt habe, womit man die rosigsten Hoffnungen auf die konsequente Weiterentwicklung — im Sinne der Verbürgerlichung — verbindet. Dies Lob ist wohlverdient.

Die Parteipresse der Abhängigen feiert das Ergebnis von Würzburg in allen Tonarten. Die wenigen Blätter der **Unabhängigen** Sozialdemokratie sind sich der Bedeutung von Würzburg (im Sinne unserer vorstehenden Ausführungen) völlig bewußt. Die **Leipziger Volkszeitung** stimmt überein mit dem Urteil, das gestern hier von einem Mitarbeiter gefällt wurde. Wir lassen einige weitere Beurteilungen folgen.

Bergische Arbeiterstimme, Solingen. „Wir stellen fest, daß der Parteitag eine Wiedervereinigung mit unserer Partei ablehnt. Zunächst hat dieser Parteitag mit dem Willen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nichts gemein. Ihre unter den Fahnen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei organisierte Hälfte hatte auf seine Zusammensetzung keinen Einfluß. Das Gros der Genossen befindet sich im Krieg, hatte also, soweit es auf dem Boden des Regierungssozialismus stehen sollte, ebenfalls keinen Einfluß. Auch die Zurückgebliebenen, welche die Delegierten wählten, sind nicht informiert, weil weder Preß- noch Versammlungsfreiheit besteht. Zusammenfassend sagen wir, daß dieser Parteitag kein Mandat hat, auch nur den Willen der zurückgebliebenen Anhänger der Partei Scheidemanns zu repräsentieren, weil eine Feststellung dieses Willens nicht möglich ist. Der Parteitag hat die Wiedervereinigung abgelehnt, weil er die Politik, die zur Trennung mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit gebilligt und weil er die Fraktion aufgefordert hat, auf gleichem Wege fortzufahren. Er hat weiter eine Resolution angenommen, die eine Unterwerfung unter die Beschlüsse dieses Parteitages, dem jedes Mandat fehlt, fordert. Das ist nichts anderes als eine Verhöhnung unserer Partei. Eine stolze, selbstbewußte Partei müßte es ablehnen, solche Hundenaturen in ihren Reihen zu haben, wie wir sein würden, wenn wir nach diesen Beschlüssen uns dieser Partei anschließen würden."

Die regierungssozialistische Volksstimme in Frankfurt a. M. sagt zu der „Einigungsresolution": „Der Würzburger Parteitag hat mit allen gegen 7 Stimmen die von Severing eingebrachte Entschließung genehmigt, damit ist der Wille zur Einigung bekräftigt, jede Festlegung auf Formalien aber ist abgelehnt. Und das wichtigste: „die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit" wird nicht vom Verhandlungsergebnis erwartet, sondern das Verlangen wird als Bedingung im voraus festgelegt. Mit anderen Worten: der Parteitag plakatiert: Kehre zurück! — aber er fährt nicht fort: alles verziehen. Sondern er ruft die Uebeltat nochmals in die Winde, er hängt dem verirrten Sohn einen Schweinehund an. Womit bestätigt ist, daß in Deutschland nicht nur Diplomatie und Verwaltung in der Kunst der Menschenbehandlung wunderbar hochstehen."

Unser Gothaer Parteiblatt schreibt: „Und da soll sich ein Sozialdemokrat unterordnen, soll „ohne weiteres zur Partei zurückkehren"! Das nennt man „offene Hand"; es ist die geballte Faust, die die Internationale zerschlagen hat. Wenn es nur auf eine Einigung ankäme, wenn darin das Wohl der Arbeiterschaft läge, dann könnte man sich auch mit den christlich organisierten Arbeitern einigen. Die Grundlage der Arbeiterbewegung, sozialistische Grundsätze, das ist die Hauptsache. Die Abhängigen sind national-kapitalistisch orientiert, wir sozialdemokratisch-international. Da kann es keine Einigung geben. Die Arbeiter selbst haben zu entscheiden, wohin sie gehören. Sie werden den theatralischen Coup des abhängigen Parteitages, ebenso die Pose des Vorwärts richtig zu würdigen wissen."

Weitere Kriegsnachrichten.

Englands Antwort an den Papst. London, 22. Oktober. Im Unterhause fragte King, ob die Alliierten eine gemeinschaftliche Antwort auf den Friedensvorschlag des Papstes absenden würden, oder ob die amerikanische Antwort als Ausdruck des Bescheides der Alliierten anzusehen sei. Balfour erwiderte: Es scheint gegenwärtig kein Grund vorzuliegen, irgend etwas zu der von der britischen Regierung bereits abgesandten Erklärung hinzuzufügen.

Um Hollands Neutralität. Haag, 22. Oktober. Die pessimistischen Betrachtungen der holländischen Presse, daß Holland doch noch in den Krieg hineingezogen und der Schauplatz des deutsch-englischen Entscheidungskampfes werden könne, haben in den letzten Tagen auffällig zugenommen. Besonders ist es ein Artikel des Organs des ehemaligen Staatsministers Kuyper, das zu den Besorgnissen offen und ungeschminkt Stellung nimmt. Die Griechenland gegenüber angewandte Methode werde immer unverhüllter jetzt auch auf Holland zugeschnitten; aber gerade weil man Holland mit Gewaltmitteln zur Gefügigkeit zwingen wolle, müsse es dieser Tatsache gegenüber einiger und geschlossener als je gegenüberstehen. In ganz Europa und vor allem in England müsse man von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß derjenige Holland nicht kenne, der da wähne, daß es sich einem Zwange fügen werde. An Geduld fehle es den Holländern nicht, aber sie ließen nicht mit sich spielen.

Griechenland. Athen, 20. Oktober. Nach einer vielstündigen Rede Rhallis beschloß die griechische Kammer die Verfolgung der Mitglieder des Kabinetts Skuludis mit Einschluß von Gunaris.

Krisengefecht.

Katzbalgerei über den „kommenden Mann".

Die Lösung der Kanzlerkrise wird in den nächsten Tagen, nachdem der Kaiser von seiner Reise zurückgekehrt, und auch Herr Michaelis seine Reise nach Kurland beendet hat, zu erwarten sein. Nach einer Meldung soll der Reichskanzler bereits am Montag die Vertreter der Mehrheitsparteien und der Nationalliberalen zu einer Besprechung empfangen haben. Hiernach hat dann, wie übereinstimmend berichtet wird, eine Konferenz von Vertretern der Mehrheitsparteien im Reichstag stattgefunden, an der von nationalliberaler Seite die Abgeordneten Dr. Stresemann, Junck und v. Richthofen, vom Zentrum die Abgeordneten Erzberger und Trimborn, von der Fortschrittlichen Volkspartei der Abgeordnete Fischbeck und von den Sozialdemokraten der Abgeordnete Südekum teilgenommen haben. Die Besprechungen wurden als streng vertraulich bezeichnet, doch soll Uebereinstimmung darin herrschen, daß der Rücktritt des Reichskanzlers Michaelis unerläßlich sei.

Inzwischen soll nach Aussage der Vossischen Zeitung das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs v. Capelle schon **abschlägig** beschieden worden sein. Ist das richtig, so erführe der Reichstag von neuem, daß seine Meinung keinerlei Bedeutung hat.

Die Grundfrage der Krisis wird aber in den nächsten Tagen ein wenig geklärt werden. Nämlich: ob die Volksvertretung ein Quentchen „Einfluß auf die Regierung" bekommt, oder ob wie bisher ohne und gegen sie regiert wird. Bleibt Michaelis, so ist alles klar. Aber dann hat man auch die Fortschrittler und andere Parteien verschnupft. Wird Michaelis abgeschoben, so ergibt sich die Frage: **wer** wird sein Nachfolger? Ernennt ihn Wilhelm II. selbstherrlich? Oder hört er nur den Ruf von Leuten, die außerhalb der Politik und des Parlaments stehen? Oder wird er die Führer der Mehrheitsparteien fragen, um einen Kanzler zu ernennen, der die Billigung des Mehrheitsblocks einschließlich der Regierungssozialisten findet? Die Führer der alten sozialdemokratischen Fraktion sind schon für einen Besuch beim Kaiser gerüstet. Man wird bald weiteres erleben.

Inzwischen hat das große Raten in der Presse eingesetzt, wer wohl den Ersatz Michaelis' bilden wird. Als Kandidaten nennt man den Fürsten Hatzfeld, den Schatzsekretär Graf von Roedern, den Staatssekretär von Kühlmann, den Botschafter Grafen Bernstorff und vor allem auch den Fürsten Bülow. Kühlmann wird von den Konservativen als „der Kandidat Englands" geschmäht und heftig bekämpft. Hatzfeld und Bernstorff kommen wohl nicht in Frage; Roedern erscheint den Interessenten zu unbedeutend. Dagegen spitzt sich der Kampf hinter den Kulissen und in der Presse um den Fürsten Bülow zu. Er ist der Kandidat der Rechten und des Zentrums, vor allem setzt Erzberger alle seine Talente für ihn ein. Aber auch Fortschrittler und Nationalliberale sehnen sich nach Bülow. Lustig ist, wie die Rechtssozialisten gegen Bülow wettern und intrigieren. Man höre, was die Stampfer-Korrespondenz alles plaudert. Sie sagt:

„Es ist bekannt, daß Fürst Bülow den Ehrgeiz hat, zum zweiten Male Kanzler zu werden, und daß seine zahlreichen Freunde, die fieberhaft für ihn agitieren, dies mit seiner dankbaren Zustimmung tun. Schon das vermag für seine Kandidatur nicht besonders einzunehmen. Bülow ist auf keinen Fall der Kandidat des Kaisers. Denn die berühmte Daily-Telegraph-Affäre hatte zu einem schweren Konflikt zwischen dem Kaiser und dem damaligen Kanzler Bülow geführt. Der Kaiser hatte das Manuskript jener unglückseligen Unterredung dem Kanzler zugeschickt, durch ein Versehen, das man auf deutsch Bummelei nennt, ging das Manuskript ungelesen weiter, und kam in England zur Veröffentlichung. Als die mißlichen Folgen dieser Veröffentlichung sichtbar wurden, und sich im Reichstag der sogenannte Novembersturm erhob, unterließ es Fürst Bülow, den Kaiser zu decken; er rückte vielmehr von ihm ab und gab ihn preis. Die Verstimmung, die daraus entstand, ist noch nicht überwunden. Würde der Kaiser Bülow zum zweiten Male zum Kanzler ernennen, so würde er es in dem Glauben tun, daß dies den Wünschen des Landes entspräche, nicht aber nach seinem eigenen Wunsche. (Nein, was Stampfer alles weiß! Red.) Daß die Stimmung des Landes den Fürsten Bülow als Reichskanzler verlangt, ist aber nicht wahr. Was man von diesem Manne zu erwarten hat, wenn er wieder Kanzler wird, weiß niemand. Mit Ueberzeugungen ist dieser Mann nämlich durchaus nicht behaftet. Er ist der nichts als Taktiker, der Augenblickspolitiker, der aus Schwierigkeiten mit Geschicklichkeit den Ausweg sucht und dem dabei jedes Mittel recht ist, das ihm brauchbar erscheint. Er würde mit den Sozialdemokraten ebenso gern regieren, wie mit den Konservativen, und er würde vielleicht ein diebisches Vergnügen empfinden über die Virtuosität, mit der er sich in die Rolle eines radikalen Reichskanzlers hineinfinden würde. Aber auch für die Rolle des konservativen Staatsretters steht ihm das schönste Heldenväter-Pathos zur Verfügung. Bülow macht alles. Bülow kann alles. In der auswärtigen Politik wird er sich mit der gleichen Ueberzeugungstreue zu einem deutschen Schwertfrieden oder zu einem Verständigungsfrieden der europäischen Völkerfamilie bekennen. Für ihn ist das eine wie das andere nur die Frage: wie komme ich aus dieser Sackgasse heraus? Bülow ist ein Blender. Als er erledigt war, hieß es, der Seiltänzer sei abgestürzt, und niemand weinte ihm eine Träne nach. Jetzt, nachdem wir so viel treuherzige Ungeschicklichkeit am Werke gesehen haben, erscheint seine Gestalt dem Rückblick vieler verklärt. Da ist ein Mann, der wenigstens nicht offenbar unfähig ist, einer, der sogar fähig ist — zu allem! Die Ernennung Bülows zum Reichskanzler wäre eine Verlegenheitsauskunft und ein Beweis dafür, wie sehr es in Deutschland an geeigneten Männern zur Führung des Reiches fehlt. Die **Sozialdemokratie** verhält sich zu dieser Kandidatur **entschieden ablehnend.** Sollte Bülow trotzdem das Rennen machen, so wird man **abwarten** müssen, **wie** er es treibt, und sich je nachdem zu ihm stellen. Ueber den Weg trauen wird man ihm aber niemals."

*

Soweit das einflußreichste politische Korrespondenzorgan der Rechtssozialisten. Seine Ausführungen sind zum Kopfstehen komisch und ergötzlich. Als Haupttrumpf wird — der Kaiser ausgespielt, der Bülow nicht wolle. Ueberdies sei Bülow ein grundschlechter Kerl, aber wenn ihn Wilhelm II doch ernennen sollte, so werde die beiseite geschobene Regierungs-Sozialdemokratie — Revolution machen, toben und um sich schlagen? Ach nein! Sie werde **abwarten** und sich „**je nachdem**" zu ihm stellen. Man sieht hier wieder bestätigt, was wir im heutigen Aufsatz über den Parteitag ausführten, daß die alte Sozialdemokratie nur noch reinste, **oberflächlichste Opportunitätspolitik** treibt. Vom großen prinzipiellen Kampfe der Arbeiterklasse ist nicht mehr die Rede. Die Stampfer-Korrespondenz beweist, daß sie genau dieselbe Politik treibt wie — **Herr Bülow.**

Politische Uebersicht.

Die Herrenpolitik der Konservativen.

Der erweiterte Vorstand der **Deutsch-Konservativen Partei** hat über die Frage im Weinhause Rheingold in Berlin unter Leitung des Herrn v. **Heydebrand** eine Sitzung abgehalten und, wie berichtet wird, in völliger Uebereinstimmung eine Anzahl Entschließungen angenommen, die zeigen, daß diese Herren nicht gesonnen sind, ihren Macht- und Herrenstandpunkt aufzugeben. Die erste Entschließung wendet sich gegen den „Verzichtfrieden", wie die Konservativen den Verzicht auf weiteres **Blutvergießen** nennen, billigt den Standpunkt der konservativen Reichstagsfraktion und fordert „einen wahrhaft deutschen Frieden, der den ungeheuren gebrachten Opfern und unserer Volkskraft entspricht und eine Sicherung unserer Grenzen, einen **Ersatz unserer Kriegsschäden,** sowie eine auf **realen Grundlagen** beruhende Gewähr für die aufstrebende Weiterentwicklung unseres Vaterlandes bietet." — Die zweite Entschließung „weist den Versuch einer demokratisch gerichteten Reichstagsmehrheit auf Einführung des **parlamentarischen Regierungssystems** als einen Eingriff in die verfassungsmäßige föderalistische und monarchisch-konstitutionelle Grundlage des Deutschen Reiches mit Entschiedenheit zurück." — Die dritte Entschließung betrifft die **preußische Wahlreform** und erklärt das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht als „**ungeeignet**" für Preußen, weil es zu der „glorreichen Vergangenheit" im Widerspruch stehe. Die vierte und letzte Entschließung macht für die „Vaterlandspartei" Propaganda und ist namentlich entzückt über deren Förderung, die innere Reform zu verschleppen.

Die Konservativen sind sich konsequent. Sie halten an ihrer Herrenkastenpolitik fest. Je weiter freilich demokratische Rechte ausgebaut werden, um so mehr verlieren sie den Anhang unter den Beherrschten. **Das Volk** verurteilt die Herrschaften — unter einem gleichen Wahlrecht — zu einer schmalen Gruppe in den Parlamenten. Das würde sich ganz besonders in **Preußen** zeigen, wenn gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht durchgeführt würde.

Kleine politische Nachrichten.

Schmaler Kredit der italienischen Regierung. Die italienische Presse behandelt, wie ein Telegramm besagt, das Kabinett Boselli bereits **als erledigt** und feiert **Nitti** als den kommenden Mann.

Aus der Partei.

Oesterreichischer Parteitag.

Wien, 22 Oktober. Der Parteitag der deutsch-sozialdemokratischen Parteileitung wurde gestern, nachdem Adler auf die gegen die Parteileitung gerichteten Angriffe eingegangen war und insbesondere erklärt hatte, daß die sozialdemokratischen Führer die Aufforderung in die Reichsregierung einzutreten, ablehnten, mit einer einstimmig angenommenen Beschließung beschlossen, in der festgestellt wird, daß die Partei ohne Unterschied der Richtung darin einig ist, ihre **Geschlossenheit** und **Einigkeit zu erhalten** und den Kampf für den Frieden mit aller Tatkraft fortzusetzen. — Ueber die Parteitagsverhandlungen werden wir zusammenfassend berichten.

Stockholm.

Ein Friedensmanifest an die Sozialisten der Welt.

Stockholm, 22. Oktober.

Das skandinavisch-holländische Komitee erläßt folgende Kundgebung: „Das Organisationskomitee der Stockholmer Konferenz hat seine Mitglieder, die zu den neutralen Ländern gehören, beauftragt, aus den Verhandlungen und Beschlüssen der Kommission die Kernpunkte herauszugreifen und ein **Manifest** zusammenzustellen, das als **Basis für die Friedensverhandlungen** dienen kann. Unter diesen Umständen nehmen die unterzeichneten Vertreter der sozialistischen Parteien von Schweden, Norwegen, Dänemark und Holland die Verantwortung auf sich für die folgenden Ideen, in der Ueberzeugung, daß dem Krieg, der Europa vollständig zugrunde richte und für Jahrhunderte hinaus das heutige und zukünftige Geschlecht zu vernichten droht, ein Ende bereitet werden kann.

Seit drei Jahren stehen sich ungeheure Heere auf allen Fronten gegenüber, ohne daß es Sieger und Besiegte gibt. Der gegenwärtige Krieg hat die Probleme, die ihn veranlaßten, nicht gelöst. Die Welt scheint endlich begriffen zu haben, daß das Bestehen der Gewalt **dem Rechte** weichen muß. In Zukunft muß die Regelung von Streitigkeiten dem Prinzip des Schiedsgerichts und der Vermittlung unterworfen werden. Die Grundbedingung aller Politik ist die Abschaffung des Protektionismus und des Militarismus. Der Friede muß ein **Versöhnungsfriede** sein, ein **Friede ohne Annektionen und ohne Kriegsentschädigung.** Wenn der Friede ein Versöhnungsfriede sein soll, wird er sich den sozialistischen Gedanken anpassen. Fragen, wie die von **Elsaß-Lothringen** und **Belgien** haben bis heute den Anfang der Verhandlungen verhindert. Die territorialen Fragen auf dem **Balkan, Polen** und dem **Trentino** werden natürlich auch durch die Friedensverträge gelöst werden müssen. Die Erörterung der nationalen Fragen dürfen den Friedensschluß nicht verzögern. Ihre Lösung muß einem internationalen Institut vorbehalten bleiben, das alle diejenigen Fragen behandelt, die bei den Friedensverhandlungen nicht erörtert werden können."

Unter den besonderen Friedensbedingungen befinden sich folgende: Vollkommene politische und wirtschaftliche Wiederherstellung **Belgiens** und kulturelle Selbständigkeit für Flandern und Wallonien. Die elsaß-lothringische Frage soll durch eine **Volksabstimmung** gelöst werden, Wiederherstellung eines unabhängigen, mit **Montenegro** vereinigten **Serbien.** Die Kosten der Wiederherstellung sollen aus internationalen Fonds gezahlt werden. Die südslawischen Völker von Oesterreich-Ungarn sollen über politische Freiheit verfügen. Die mazedonische Frage soll im Sinne von Oesterreich-Ungarn gelöst werden, **Polen** soll frei und unabhängig werden. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171023-13/fragment/page=0002

polnischen Distrikte in Oesterreich und Deutschland sollen über die größtmöglichste Selbständigkeit verfügen können, territoriale Selbständigkeit der Nationalitäten in Rußland, Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereinigt bleibt. Den italienischen Distrikten in Oesterreich, die an Italien kommen, müssen kulturelle Freiheiten belassen werden. Ferner politische Unabhängigkeit und ökonomische Gleichheit für Irland im Verbande von Großbritannien, freundschaftliche Regelung der nordschleswigschen Frage durch ein Uebereinkommen mit den interessierten Stellen auf der Basis einer Grenzberichtigung unter Anhörung der Bewohner; territoriale Wiederherstellung von Türkisch-Armenien mit der Garantie für die weitere Entwicklung, internationale Regelung der Judenfrage.

Das Manifest schließt mit einem **Aufruf an die Sozialisten aller Länder** zur Errichtung eines Völkerbundes auf Grund verpflichtender Schiedsspruchanerkennung, allgemeiner Abrüstung, Abschaffung aller wirtschaftlichen Kriegführung und Einführung der Parlamentskontrolle über die auswärtige Politik. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Ententesozialisten in energischer Weise verfahren würden, Pässe zu fordern, um eine internationale Konferenz zu ermöglichen. Von den **deutschen** und **österreichischen Sozialisten** wird erwartet, daß sie auf ihre Regierungen einen Druck zur **Demokratisierung** und **Begrenzung der Kriegsziele** ausüben.

Kapitalverwässerungen.

Schon in Friedenszeiten war die sogenannte Kapitalverwässerung, das ist die unnötige Erhöhung des Aktienkapitals, ein beliebtes Mittel der Aktiengesellschaften, übermäßig hohe Gewinne ohne Erregung der Oeffentlichkeit an die Aktionäre zu bringen. Besonders beliebt war dieses Mittel bei den Aktiengesellschaften der chemischen Industrie, deren Erträge bekanntlich überaus hoch sind.

In der Kriegszeit sind bekanntlich für viele industrielle Gesellschaften die Gewinne ganz außerordentlich gestiegen. Gleichzeitig ist das Bedürfnis, sie zu verstecken, größer geworden. Einmal, um der verschärften Besteuerung zu entgehen, dann, um die jetzt leichter erregbare Oeffentlichkeit nicht allzu sehr zu erbittern. Man verwässert also noch eifriger als in Friedenszeiten. Das gefällt aber nun den Kreisen nicht, die Deutschlands Finanzwirtschaft ordnen, vor allem für die Aufbringung der Kriegsanleihen sorgen sollen. Denn je mehr Geld durch Kapitalverwässerungen dem Geldmarkt entzogen wird, um so weniger bleibt zur Zeichnung der Kriegsanleihen übrig.

Solche Erwägungen haben zu der Weisung des preußischen Handelsministers geführt, nach der die verwässerten Aktien **nicht zum Börsenhandel zugelassen** werden sollen. Bisher sind zwei Gesellschaften von dieser Maßregel betroffen worden: die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken in Elberfeld und die Kronprinz-Aktien-Gesellschaft für Metallindustrie. In einer Beleuchtung der Ursachen und Wirkungen der Kapitalverwässerungen bei diesen Unternehmungen schreibt Artur Norden im Berliner Tageblatt:

Die eine der bestraften Gesellschaften ist die Aktiengesellschaft **Vereinigte Glanzstoff-Fabriken** in Elberfeld. Sie hat, obwohl sie über reichliche Mittel verfügte, und trotz rechtzeitig empfangener Warnung, zu Ende des vergangenen Jahres ihr Kapital von 7½ auf 15 Millionen Mark erhöht, also verdoppelt. Daß ein Geldbedarf bei der Gesellschaft vorhanden war, wird vom Handelsminister und den Stellen, die ihn beraten haben, bestritten; auffällig ist es jedenfalls, daß die Gesellschaft bei der Kapitalserhöhung nicht das hohe Aufgeld ihrer alten Aktien (der sogenannte Steuerkurs betrug 560 Prozen) nutzbar gemacht, also nicht beispielsweise 2 Millionen Mark Aktien mit 375 Prozent, sondern 7½ Millionen Mark mit 100 Prozent ausgegeben hat. Für den Geldmarkt kommt das auf das gleiche heraus, nicht aber für die Gesellschaft. In dem einen Falle hätte sie aus dem Erlös der Kapitalerhöhung 5½ Millionen Mark **den Reserven zuzuführen** und nur 2 Millionen Mark **den Reserven zuzuschreiben** gehabt, in dem anderen Falle bleibt für die Reserven nichts, für das Aktienkapital alles. In dieser Weise pflegen vorsichtig geleitete Aktiengesellschaften im allgemeinen nicht vorzugehen, wenn der Geldbedarf das ausschlaggebende Moment für die Kapitalvergrößerung ist. Man wählt dann lieber eine kleine Kapitalerhöhung zugunsten einer großen Rücklagestärkung, weil dann, falls das neugewonnene Geld nicht entsprechende Früchte bringt, gleichwohl **die Notwendigkeit entfällt, die Dividende wesentlich zu ermäßigen**. Es müssen also schon besondere Gründe gewesen sein, die die Verwaltung der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken bei ihrem Vorgehen geleitet haben, und einer dieser Gründe, vermutlich die Hauptursache, ist **die Verwässerungsabsicht. Man will die Dividende herabdrücken**, freilich ohne Schädigung der Aktionäre. Denn wenn ein Aktionär, der vordem eine Aktie besaß und 30 Prozent gleich 300 Mark Gewinnanteil erhalten hatte, später nach dem Bezuge einer zweiten Aktie zu 100 Prozent eine Dividende von 17½ Prozent gleich 350 Mark empfängt, so hat sich für ihn eigentlich nichts geändert. Er kann sich 300 Mark von den 350 Mark als die Verzinsung der alten Aktien und 50 Mark als die gewissermaßen landesübliche Rente der neuangelegten 1000 Mark berechnen. Die Gesellschaft ihrerseits könnte diese 50 Mark ohne weiteres herauswirtschaften, wenn sie für den Erlös der neuen Aktien Kriegsanleihe erwirbt. Dann würde auch die Kriegsfinanzierung nicht zu kurz kommen. Freilich hat die Aufsichtsbehörde keine Gewähr dafür, daß das wirklich geschieht. Sie sieht nur die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, die nicht sein soll, und hat recht, wenn sie hiergegen Einspruch erhebt.

Warum erstreben nun manche Gesellschaften Kapitalverwässerungen? Solche Fälle kommen auch in Friedenszeiten vor, aber nicht so häufig wie im Kriege mit seinen ungewöhnlich hohen Gewinnen für manche Einzelwirtschaften. **Die Begehrlichkeit der Arbeiter, durch hohe Zuweisungen an die Aktionäre geschürt, soll gemindert werden**, man will insbesondere dann, wenn man weitere Gewinnerhöhungen voraussieht, der Notwendigkeit entgehen, die Dividende noch weiter beträchtlich anteigen zu lassen. Für den Kapitalmarkt selbst ist es, wie schon oben gesagt, genau genommen gleichgültig, ob 7½ Millionen Mark Aktien zu 100 Prozent oder 2 Millionen Mark Aktien zu 375 Prozent ausgegeben werden. Aber abgesehen davon, daß gerade die Schaffung des höchstmöglichen Aktienbetrages die Verwässerungsabsichten klar in Erscheinung treten läßt, erfolgt auch eine unnötig große Vermehrung des Aktienmaterials, die auf die Spekulation vielleicht schon deshalb anregend einwirkt, weil es leichter ist, fünf Käufer für fünf Aktien bei einem niedrigen Kurse zu gewinnen, als einen Käufer für eine Aktie mit hohem Aufgeld. Dazu kommt, daß nach den gewonnenen Erfahrungen für die Spekulation ein besonderer Anreiz darin besteht, wenn eine Gesellschaft, deren Aktien mit einem großen Aufgelde bezahlt werden, plötzlich dazu schreitet, neue Werte ohne jedes Agio (Aufgeld) zu emittieren.

Die **Kronprinz-Aktien-Gesellschaft für Metallindustrie zu Ohligs**, die mit der gleichen Strafe wie die Aktiengesellschaft Vereinigte Glanzstoff-Fabriken belegt worden ist, hat sogar ihre Aktien gewissermaßen **ohne Gegenwert** ausgegeben. Freilich nur „gewissermaßen“, denn die Ausfolgung der neuen Aktien erfolgt **zu Lasten erzielter oder noch zu erzielender Gewinne**, d. h. die Einzahlung wird aus diesen geleistet. Man kann denn auch nicht ohne weiteres behaupten, daß hier keine Belastung des Kapitalmarktes stattfindet. Es wird eben den Aktionären das Geld, auf das sie Anspruch haben, durch mittelbaren Zwang vorenthalten, der darin besteht, daß die Barzahlung, die Aktionären wahlweise angeboten wird, nicht den gleichen Wert hat wie das Bezugsrecht auf die neuen Aktien.

Die Kapitalverwässerungen können den Gesellschaften noch einen besonderen Vorteil bringen, nämlich den einer **Ermäßigung der Staatseinkommensteuer**. In Preußen haben die Aktiengesellschaften das Recht, von dem steuerpflichtigen Gewinn 3½ Prozent des Aktienkapitals abzusetzen; der steuerfreie Betrag wächst mithin an sich mit der Höhe des Aktienkapitals. Freilich braucht die Verwässerung nicht ohne weiteres zu einer Verminderung der Steuer zu führen, nämlich dann nicht, wenn sie mit einem Geldzufluß verbunden ist, der ja auch seinerseits zinstragend wirken und mithin den steuerpflichtigen Betrag erhöhen muß. Um das an einem Beispiel zu zeigen: Eine Gesellschaft mit 1 Million Mark Kapital hat 20 Prozent Gewinn gleich 200 000 Mk. erzielt. Sie gibt 1 Million Mark neue Aktien zum Nennwerte aus, ohne für das Geld eine andere Verwendung zu haben als die der Anlage in Kriegsanleihe. Bei im übrigen gleichbleibendem Ertrage würde dann im zweiten Jahre der Gewinn sich nicht mehr auf 200 000 Mk., sondern auf 250 000 Mk. belaufen. Im ersten Jahre würde die Steuer zu zahlen sein von (200 000 — 35 000 Mk. =) 165 000 Mark, im zweiten Jahre von (250 000 — 70 000 Mk. =) 180 000 Mark. Jeder Geldzufluß schließt zunächst die Herabsetzung der Steuer aus, aber es ist ein Unterschied in bezug auf die Steuerpflicht, ob z. B. 1 Million Mark der Gesellschaft durch die Ausgabe von 500 000 Mk. oder durch die Ausgabe von 1 Million Mark Aktien zufließen. In dem einen Falle wären in der Folge (3½ Prozent von 1 500 000 Mk.) 525 000 Mk., in dem zweiten Falle (3½ Prozent von 2 Millionen Mark) 700 000 Mk. abzugsfähig. Da die Verwässerung gerade in der Ausgabe eines möglichst hohen Aktienbetrages steht, so wirkt sie, wenn auch nicht absolut, so doch relativ steuermindernd. Eine absolute Steuerminderung ergibt sich bei einer Verwässerung, die in der Auflösung freier Reserven besteht. Wenn eine Gesellschaft mit 1 Million Mark Aktienkapital 500 000 Mk. Rücklagen als Einzahlung auf einen gleich hohen Betrag neuer Aktien benutzt, so tritt ohne weiteres (bei unverändertem Gewinn) eine Steuerermäßigung ein.

Die Verwässerung kann sich als die Vorstufe einer ungesunden Dividendenpolitik erweisen, wenn neues Geld ohne wirklichen Bedarf hereingenommen wird, und dieses in vollem Umfange als Aktienkapital und nicht als Reserve verbucht wird. Auf der andern Seite kann die Verwässerung gerade umgekehrt ein Akt der Vorsicht sein, nämlich dann, wenn die Gesellschaft, anstatt die Gewinne voll in bar auszuschütten, Teile davon dadurch zurückhält, daß sie den Aktionären kostenlos Aktien übergibt. Hier kann die Vorsicht dadurch gesteigert werden, daß die Anrechnung der kostenlos emittierten Aktien nicht zum Nennwerte, sondern mit einem entsprechend hohen Aufgelde erfolgt. Denn das würde nach der gesetzlichen Bestimmung, laut der das Aufgeld dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt werden muß, die Umbildung von freien Gewinnen in Rücklagen zur Folge haben.

Diese sehr vorsichtig formulierten Betrachtungen eines Eingeweihten zeigen, worauf es den Kapitalisten bei ihren Verwässerungen ankommen kann: den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und den Staat um die Steuern zu prellen. Sehr löbliche Absichten!

(Der Proletarier.)

Aus der Provinz.

Gegen die hohen Kartoffelpreise,

die von jedermann als eine ganz ungerechtfertigte Liebesgabe an die — Landwirte empfunden werden, haben in letzter Zeit mehrfach selbst **Landwirte** ihre Stimmen erhoben. Ihnen hat sich neuerdings sogar ein leibhaftiger **mecklenburgischer Grande**, der Rittergutsbesitzer **v. Plessen auf Reeg** (Meckl.) zugesellt. Er findet treffende Worte gegen die behördliche Kartoffelpreispolitik. Im Rost. Anzeiger führt er — in einer Polemik gegen die Ausschaltung der freien Handelsbetätigung bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen — aus: Trotz der **recht guten** Kartoffelernte sind, wohl vorzeitig und in Unkenntnis der Größe der Ernte, **Kartoffelpreise** festgesetzt worden, die **ohne Berechtigung** sind. Fachmänner im Kartoffelhandel erklären übereinstimmend, daß in Friedenszeiten eine derartig große Kartoffelernte einen Preis von etwa 2¼ Mk. franko Station des Produzenten bedingen würde. Sicher ist, daß keinesfalls ein höherer Kartoffelpreis wie 2,50 Mk. denkbar sein würde. Wenn nun ein Produzenten-Höchstpreis von 5 Mk., zuzüglich einer Schnelligkeits-Prämie von 1½ Mk., festgesetzt worden ist, so ist das **mehr als doppelter Friedenspreis**. Ein solcher Preis **entbehrt der Berechtigung**. Niemand wird behaupten wollen, daß ein Produzenten-Engrospreis von 5,50 Mk. diesem Erfordernis entspricht. Wie teuer sollen dann erst die Kartoffeln im Detailpreise werden, bis sie pfundweise an den Verbraucher gelangen und wie hoch wird das Budget einer vielköpfigen Familie mit kleinem Einkommen belastet? Dazu kommt, daß wohl aus übertriebener Aengstlichkeit, trotz der guten Kartoffelernte, die Behörden nur eine Kopfmenge von 7 Pfund pro Woche bisher bewilligt haben. **Die reichliche Kartoffeernte gestattet es**, daß nach den schweren Entbehrungen des letzten Jahres jedermann sich täglich zweimal reichlich an Kartoffeln sattessen kann. Das zu verhindern wäre Unrecht, und man wird es einmal bedauern, Beschränkungen gemacht zu haben, **wenn erst wieder Kartoffeln verfault sein werden.** Es scheint, daß die Befürchtung, die Kartoffeln könnten zur Schweinemast benutzt werden, die Behörden veranlaßt hat, die Kartoffelpreise so hoch zu setzen. Es ist selbstverständlich, wenn die Behörden die Schweinemast so lange hintanhalten wollen, bis nicht zweifellos feststeht, daß größere Mengen Kartoffeln zur Schweinemast übrig sind. Fraglich bleibt nur, ob es richtig ist, die Schweinemast fast ganz zu verhindern. Jedenfalls ist es falsch, sie durch derartige exorbitant hohe Kartoffelpreise behindern zu wollen; das läßt sich auf viel einfachere Weise dadurch erreichen, **daß der zweifellos zu hohe Schweinepreis von 70 bis 75 Mark auf ein normales Maß zurückgeführt wird**, denn es ist doch ein Widerspruch in sich, die Schweinemast verhindern zu wollen, gleichzeitig aber so hohe Schweinepreise festzusetzen, daß dieselben wie eine Prämie wirken. Das ist eine erhebliche Inkonsequenz. Die ganz natürliche Folge sind dann hohe Kartoffelpreise.

Angesichts der recht guten Kartoffelernte ist es nicht zu verantworten, einen höheren Höchstpreis als 3 Mk. ab Produzentenstation festzusetzen. Für Lieferungen bis 15. November mag dann noch eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pf. hinzukommen, länger wie bis zu diesem Zeitpunkte kann von Schnelligkeit keine Rede mehr sein. Die Ausdehnung der Schnelligkeitsprämie bis zum 15. Dezember erregt allgemeines Erstaunen. Zweifellos ist ein Friedenspreis von 3,50 Mk. selbst in den knappsten Kartoffeljahren etwas kaum Gehörtes gewesen; es ist unerfindlich, weshalb in einem reichen Kartoffeljahr dem ohnehin unter der allgemeinen Teuerung schwer leidenden Konsumenten der Preis über den höchsten Friedenspreis hinaus verteuert werden soll, um so mehr, als bei der allgemeinen Knappheit an Fleisch und Fett und den geringen Brotrationen die reiche Kartoffelernte dieses Jahres als ein wahres Gottesgeschenk erscheint und gerade den Unbemittelten und Armen in reichem Maße zu einem mittleren Preise zur Verfügung stehen sollte. **Wir können nicht umhin, einen Kartoffelproduzentenpreis von 5,50 Mk., einschließlich Schnelligkeitsprämie, als eine schweren Mißgriff zu bezeichnen.“**

Krieg und Landschul

Die Heranziehung der Schulkinder zu den land- und kriegswirtschaftlichen Arbeiten hat vielfach zu einer falschen Auffassung verleitet. Viele Eltern schicken ihre größeren, oft auch die kleineren Kinder nicht mehr zur Schule. Besonders aber halten Landwirte die Kinder ihrer Instleute ohne Urlaubserbittung ohne weiteres von der Schule zurück. Mehrfach war deshalb wochenlang kein geordneter Unterricht möglich, weil kaum 10. v. H. der Kinder erschienen waren. Die Lehrer halten die Ausstellung von Schulstraflisten, die Ortsschulinspektoren ihre Weitergabe, die Amtsvorsteher die Straffestsetzung und Vollstreckung oft in dieser Zeit nicht für angebracht. Die Schulverwaltungen verlangen aber, daß mit der Urlaubserteilung kein Mißbrauch getrieben wird. Bei unentschuldigten Schulversäumnissen sind Schulstraflisten einzureichen und vorschriftsmäßig zu erledigen.

Viel wird das allerdings kaum helfen. Die Ursache des massenhaften Fernbleibens der Landkinder vom Schulunterricht sind die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse. Sie zwingen sozusagen die Kinder in das Joch der kriegswirtschaftlichen Ausbeutung, und wo der **Krieg** den Menschen seine Gesetze vorschreibt, da verliert auch die Schule ihre Bedeutung als Kulturfaktor.

Schkeuditz. Stadtverordneten-Sitzung. Am Donnerstag, den 25. Oktober, findet abends 6 Uhr im Rathaussaale eine Sitzung der Stadtverordneten mit folgender Tagesordnung statt: Kenntnisnahme vom Kassenrevisionsprotokoll; Wahl von zwei Beisitzern zu den im November stattfindenden Stadtverordneten-Ergänzungs- und Ersatzwahlen; Kenntnisnahme vom Finalabschluß der Stadthauptkasse; Nachbewilligung zu dem Beitrag der Alterszulagekasse der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen; Kenntnisnahme und Beschlußfassung über Annahme eines Legats; Beschlußfassung über den Erwerb von Straßenland und Bewilligung von Mitteln dazu; außeretatsmäßige Bewilligung der Begräbniskosten für den Polizeisergeant Arndt; Bewilligung von Teuerungszulagen an die städtischen Beamten; Wahlen von Kommissionen zur Prüfung der Jahresrechnungen der Fortbildungsschul-, Armen-, Schul-, Wasserwerks- und Elektrizitätskasse.

— **Margarine- und Butterverkauf.** In der städtischen Butterverkaufsstelle können die hiesigen Einwohner 25 Gramm Margarine und 25 Gramm Butter käuflich erwerben. Auf Zusatzfettmarken des Kreises Merseburg werden 40 Gramm Butter verabfolgt. Der Verkauf der Margarine erfolgt gegen Abgabe des Abschnittes 38A, der Verkauf der Butter gegen Abgabe des Abschnittes 43B unserer Lebens- und Gebrauchsmittelkarte blau, gelb, braun. Die Aushändigung der Waren erfolgt nur an Erwachsene. Der Preis beträgt: für 25 Gramm Margarine 10 Pf., für 25 Gramm Molkereibutter 16 Pf., für 40 Gramm Molkereibutter 25 Pf. Die Verkaufsstelle ist geöffnet für Abgabe der Margarine am Mittwoch, dem 24. Oktober d. J., vormittags 9 bis 10 Uhr für Nr. 1285 bis 1471, 10 bis 11 Uhr für Nr. 1472 bis 1658, 11 bis 12 Uhr für Nr. 1659 bis 1960, nachmittags 2 bis 3 Uhr für Nr. 1961 bis 2029, 3 bis 4 Uhr für Nr. 2030 bis 2308 der Lebens- und Gebrauchsmittelkarte der Stadt Schkeuditz. Für Abgabe der Butter am Freitag, dem 26. Oktober d. J., vormittags 9 bis ¼10 Uhr für die Haushaltungen Nr. 1 bis 187, ¼10 bis 11 Uhr für die Haushaltungen Nr. 188 bis 521, 11 bis ½12 Uhr für die Haushaltungen Nr. 522 bis 683, ½12 bis 12 Uhr für die Haushaltungen Nr. 684 bis 812; nachmittags 2 bis 3 Uhr für die Haushaltungen Nr. 813 bis 955, 3 bis 4 Uhr für die Haushaltungen Nr. 956 bis 1284 der Lebens- und Gebrauchsmittelkarte der Stadt Schkeuditz. Sonnabend den 27. Oktober d. J., vormittags 9 bis 10 Uhr für die Haushaltungen Nr. 1285 bis 1471, 10 bis 11 Uhr für die Haushaltungen Nr. 1472 bis 1658, 11 bis 12 Uhr für die Haushaltungen Nr. 1659 bis 1960, nachmittags 2 bis 3 Uhr für die Haushaltungen Nr. 1961 bis 2029, 3 bis 4 Uhr für die Haushaltungen Nr. 2030 bis 2308 der Lebens- und Gebrauchsmittelkarte der Stadt Schkeuditz.

— **Milchkarten für November** werden auf der Polizeiwache ausgegeben am Mittwoch, dem 24. Oktober d. J., vormittags 8¼ bis 12 Uhr für Nr. 1 bis 955, nachmittags 3 bis 5 Uhr für Nr. 956 bis 1284 der Lebensmittelkarte; Donnerstag, den 25. Oktober d. J., vormittags 8½ bis 12 Uhr für Nr. 1285 bis 1811, nachmittags 3 bis 4 Uhr Nr. 1812 bis 2308 der Lebensmittelkarte, nachmittags 4 bis 5 Uhr für Kranke, Wöchnerinnen, Schwangere und stillende Mütter.

Eisleben. Zucker wird, wie der Magistrat ankündigt, in diesen Tagen den Zuckerverkaufsstellen im Wege des Ausgleichs nochmals für den Monat Oktober zugeführt. Der Bezug ist also dann in allen Zuckerverkaufsstellen möglich.

— **Teigwaren** kommen in nächster Zeit zur Verteilung. Der Magistrat ersucht die Geschäfte, die eingesammelten Bezugsabschnitte in der bekannten Weise abgezählt und gebündelt bis zum Donnerstag, den 25. d. M., im Kriegswirtschaftsamt — Rathaus, Zimmer 4 — abzuliefern.

Delitzsch. Kleinhandelshöchstpreise für Gemüse sind vom Kreisausschuß erneut wie folgt festgesetzt worden: Weißkohl der Zentner 11,50 Mk., Wirsingkohl 17 Mk., Rotkohl 17 Mk., Grünkohl 19 Mk., Rote Möhren 16 Mk., Gelbe Möhren 12,25 Mk., Karotten 24 Mk., Zwiebeln 24 Mk., Gelbe Kohlrüben 7,50 Mk., Weiße Kohlrüben 6,50 Mk.

— **Ladenschluß um fünf Uhr.** Nach einer Bekanntmachung des Magistrats ist mit Rücksicht auf die Ersparnis von Brennstoffen die Verkaufszeit vom gestrigen Montag an auf die Zeit von vormittags 8 bis nachmittags 5 Uhr und nur an Sonnabenden bis 7 Uhr abends freigegeben.

— **Quarkverkauf. Mittwoch**, den 24. d. M., Zeising, Leipziger Straße, auf Abschnitt 126, Saul, Loberstraße, auf Abschnitt 131. **Sonnabend**, den 27. d. M., Günther, Gerberplan, auf Abschnitt 126. Auf den Kopf der Bevölkerung werden 80 Gramm an die dort eingetragenen Kunden verabfolgt.

Eilenburg. Wild- und Fischverteilung. Um eine geregeltere Verteilung des Wildes und der lebenden Fische herbeizuführen, sind die mit dem Verkauf beauftragten Wildhändler Otto und Schönberg und die Fischhandlung Ungewiß verpflichtet worden, Wild und Fische nur gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte zu verabfolgen. Für jede Person darf höchstens ⅓ Pfund Wild oder Fisch verabfolgt werden.

— **Weihnachtsliebesgaben.** Auch in diesem Jahre soll den Feldgrauen durch die Stadtverwaltung eine Weihnachtsgabe übersandt werden. Um die rechtzeitige Absendung der Gaben zu ermöglichen, wird ersucht, alle Feldpostadressen bis spätestens 27. d. M. im Verkehrsbureau, Leipziger Str. 11, abzugeben.

Crensitz. Diemenbrände. Am Freitag abend wurde ein dem Gutsbesitzer Gustav Schladitz in Lindenhahn gehöriger Roggenstrohdiemen eingeäschert, nachdem bereits am 30. September ein solcher Diemen der Witwe Barth daselbst abgebrannt war. Die Entstehungsursache ist noch nicht aufgeklärt, in beiden Fällen wird aber Brandstiftung von fremder Hand vermutet.

Wittenberg. Einmachezucker wird von heute ab in allen einschlägigen Verkaufsstellen der Stadt Wittenberg, soweit diese schon mit Zucker beliefert sind, gegen Abgabe der Anmeldebescheinigungen Einmachezucker abgegeben werden. Der Zucker ist nur bei der Verkaufsstelle zu entnehmen, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist. Der Preis für ein Pfund Einmachezucker beträgt 25 Pfennig.

— **Diebstähle.** Einem im Brückenkopfe östlich der Chaussee und Eisenbahn wohnenden Feldwebel haben in der Nacht zum Sonntag Diebe einen Besuch abgestattet. Nachdem sie sich in das umfriedigte Grundstück eingeschlichen, haben sie einen Stall erbrochen und daraus 15 Kaninchen gestohlen. — Weiter wurde gestern der Arbeiterin Zippel aus ihrer Wohnung in der Adlerstraße, von der jetzt abgereisten Arbeiterin Weidermüller ein größerer Posten Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen. Ferner ist gestern dem Barbierlehrling Otto Dannenberg, Markt 22, das Fahrrad im Werte von 120 Mk. gestohlen worden.

— **Bei der Arbeit verunglückt.** Bei der Reparatur eines Schienenstranges hatte auf dem Bahnhofe der Hilfsstellwerksschlosser Buchwald die Annäherung des aus der Richtung von Falkenberg kommenden Personenzuges überhört, wurde von der Maschine erfaßt und zur Seite geschleudert. Hierbei erlitt er innere Verletzungen.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Herga; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171023-13/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.

7½ Uhr. 2414

Heute, Dienstag, zum 15. Male:

„O schöne Zeit, o selige Zeit".

Posse mit Gesang in 4 Akten von Dr. Bruno Decker.

Musik von Walter Götze.

Hauptgesänge:

1. Wenn die Rosen blüh'n, mein Schatz, seh'n wir uns wieder.
2. O schöne Zeit, o sel'ge Zeit.
3. Komm, mein Schatz, wir woll'n nach Stralau geh'n.
4. Katzen-Quartett.
5. So ein Walzer dringt ins Herz.
6. Kinder, heut' ist blauer Montag.

Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, 24. Oktober, nachmittags:

Verwundeten-Frei-Konzert.

2411 **Die Geschäftsleitung.**

Zeitungs-Makulatur

gibt in großen und kleinen Posten ab

„Verlag Volksblatt", G. m. b. H.

Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1234.

Stuart Webbs

17. Abenteuer.

„Das treibende Floss".

2410 4. Akte.

Vorführung: 4.50, 6.50, 9.20.

„Ein nasses Abenteuer".

Drei Akte köstlichen Humors.

Vorführung: 4.10, 6.10, 8.20

UT Alte Promenade 11a Fernruf 5786.

Gastspiel d. Deutsch. Jagdfilm-Gesellschaft, Berlin.

Im Banne des schwaren Erdteils.

Der fesselnde 2. Teil und Schluss d. Filmtagebuchs des Afrikareis. **Reb. Schumann.**

Persönl. Vortrag. Expedit.-Mitgl. **Carlhans Nicolai.**

Die Vortr. beginnen pünktl.: 4.00, 6.00, 8.30.

Jugendliche haben bis 7 Uhr abends Zutritt.

Prof. Rehbeins Verlobung.

Erstkl. Lustspiel i. 3 Akten.

Vorführung: 7.20, 9.50.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Pfandscheine, Möbel, Betten kauft 2396 **Frau Hornickel, Spitze 20.**

Pfandscheine, Möbel kauft E. Dippold, Gr. Gosenstr. 12. 2382

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**

Mittwoch, den 24. Oktober 1917:

Jahrmarkt in Pulsnitz.

Ein dionysischer Schwank in 3 Aufzügen v. Walter Harlan. 2413

Donnerstag den 25. Oktober 1917:

Giroflé-Giroflá.

Konsumverein Groß-Crostitz u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Vermögen. Bilanz vom 30. Juni 1917. Verpflichtungen.

	M.		M.
An Betriebswerte:		**Per Eigene Betriebsmittel:**	
Warenbestände . . 12 112.40 M.		Mitgliederguthaben 6 926.82 M.	
Inventar . . . . . 1.— „	12 113.40	Guth. Ausgeschiedener 44.60 „	
		Reservefonds . . . 4 874.59 „	
„ **Angelegte Werte:**		Baufonds . . . . 12 700.— „	
Anteil bei der G.E.G. 1 828.90 M.		Dispositionsfonds 4 911.05 „	
„ „ Seifenfabrik . . . . . 1 000.— „		Unabgeb. Rückvergüt. 7.40 „	29 464.46
Anteil b. d. Verlagsgesellschaft . . . . 324.57 „		„ **Fremde Betriebsmittel:**	
Kaution . . . . 300.— „	3 453.47	Spareinlagen . . 33 514.81 M.	
		Hausanteile . . 5 737.— „	39 251.81
„ **Verfügbare Werte:**			
Kassenbestand . . . 3 308.25 M.		„ **Grundschulden:**	
Bankeinlagen . . . 11 974.13 „	15 282.38	Hypotheken . . . . 10 000.— M.	10 000.—
		„ **Verbindlichkeiten:**	
„ **Grundstücke:**		Rabattguthaben . 4 659.34 M.	
Grundstück I . . . 10 000.— M.		Kaution . . . . 300.— „	4 959.34
„ „ II . . 44 000.— „	54 000.—	„ **Ueberschuß 1916/17**	1 173.64
	84 849.25		84 849.25

Soll Verlust- und Ueberschußkonto für 1916/17. Haben

	M.		M.
An Geschäftsunkosten-Konto	5 282.85	**Per Waren-Konto**	8 375.79
„ Zinsen-Konto	1 113.32	„ Kohlen-Konto	213.20
„ Grundstücks-Konto I, Abschreibung .	800.00	„ Konto für Skonto	512.91
„ Grundstücks-Konto II, Abschreibung .	1 700.—	„ Mieten-Konto	968.—
	8 896.17		
„ **Ueberschuß 1916/17**	1 173.64		
	10 069.81		10 069.81

Mitgliederbewegung.

Am 1. Juli 1916 betrug die Mitgliederzahl 248
Eingetreten im Laufe des Jahres 15
263

Mit Schluß des Geschäftsjahres schieden durch Aufkündigung aus . . 1
„ „ „ „ „ durch Tod 2
Am 30. Juni 1917 betrug die Mitgliederzahl 260

Geschäftsguthaben der Mitglieder.

Am 1. Juli 1916 betrugen die Geschäftsguthaben . . . . . 6 845.15 M.
Zugang im Laufe des Jahres . . . . . 301.17 „
7 146.32 M.
Abgang im Laufe des Jahres . . . . . 219.50 „
Geschäftsguthaben am Schlusse des Geschäftsjahres . . . . 6 926.82 M.
oder 81.67 M. mehr als im Vorjahre.

Haftsumme der Mitglieder.

Am 1. Juli 1916 betrug dieselbe . . . . . 7 440.— M.
Zugang im Laufe des Jahres 450.— M.
Abgang durch Ausscheiden . . 90.— „
Zugang . . . . . 360.— M. 360.— M.
Gesamthaftsumme am 30. Juni 1917 . . . . . 7 800.— M.

Konsum-Verein Groß-Crostitz und Umgegend. E. G. m. b. H.

Der Vorstand: Gustav Müller. Ernst Schwarze. Ed. Schwarze.

Bilanz sowohl wie Gewinn- und Verlust-Konto sind geprüft und in Ordnung befunden.

Der Aufsichtsrat: Hermann Mange, Vorsitzender. *1309

Bekanntmachung.

Ich habe heute eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden sowie Meldepflicht über Papiergarnerzeugung — Nr. Pags. 1./10. 17 K. R. A. — erlassen.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 23. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1306

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 6. Februar 1917, betreffend die Schutzpockenimpfung wird aufgehoben.

Magdeburg, den 17. Oktober 1917. *1307

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Bio

2409 **Gr. Ulrichstraße 57.**

Mittwoch – Freitag:

Fern Andra

in dem großen Drama:

Der Seele Saiten schwingen nicht!

Roman in 5 Akten

Siegreich

brennende **Kriegs-Zigarren** in **Feldpostbriefen** (fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei) empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler), **Geiststrasse 5.** †

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.

Freitag, d. 26. Oktober, pünktlich abds. 9 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"

Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Mandolinen-Abteilung: Jeden Donnerstag abend beim Turnen. Kraft: Uebungsstunden.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."

Donnerstag den 25. Oktober: Bunter Abend im Turm. Abfahrt: 8 Uhr vom Markt.
Sonntag, 28. Okt.: Historische Wanderung durch Luthers Heimat. Abfahrt: 4.45 bis Eisleben. — Kosten: 2 Mk.

Apollo-Theater.

Heute, Dienstag, abends 8.10: Die Erstaufführung von

„Onkel Rohrstahl".

Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld,

mit **Direktor Anton Herrnfeld** und **Ferdinand Grünecker** in den Hauptrollen. 2412

Amtliche Bekanntmachungen.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am Mittwoch, den 24. Oktober, werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr Nr. 5301 bis 5400; um 9 Uhr Nr. 5401—5500; um 10 Uhr Nr. 5501—5600; um 11 Uhr Nr. 5601—5700; um 12 Uhr Nr. 5701—5800.

Halle, den 23. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Herings-Verkauf.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen Heringe wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am **Mittwoch den 24. Oktober 1917** in der Talamtschule fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 31 501—37 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 37 001—42 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes werden ca. 110 Gramm zum Preise von 30 Pfg. abgegeben.

Abgezähltes Geld ist unbedingt bereit zu halten. Papier zum Einwickeln ist mitzubringen.

Halle, 25. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Die zurzeit in Durchführung begriffene **Neuanmeldung zur Kundenliste** bezieht sich **nicht** auf Butter. Hat also ein Verbraucher bisher von einem Händler außer den Kolonialwaren auch Butter bezogen und meldet er sich jetzt für den Bezug von Kolonialwaren bei einem anderen Händler zur Kundenliste an, so kann er die Butter bis auf weiteres nicht bei dem neuen, sondern nur beim früheren Händler beziehen.

Halle, den 23. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Abholung der Winterkartoffeln.

Am Mittwoch, den 24. Oktober, von 8—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags, können diejenigen Personen auf dem Güterbahnhofe, Ottigeleis 1.20 AR, ihre Kartoffeln abholen, deren Bezugsschein mit dem Aufdruck „Selbstabholer" und den Nummern 426 bis 670 versehen sind. Die Bezugsscheine sind hierbei abzugeben.

Halle, den 23. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Fortsetzung der Ausgabe von Kartoffelbezugsscheinen für Lieferungen aus dem Saalkreise.

Die Aushändiaung der Bezugsscheine für **Winterkartoffeln** wird bei der Kreiskartoffelstelle (Zentralgenossenschaft), Kronprinzenstraße 12 (Landwirtschaftskammergebäude, Zimmer Nr. 2), für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine auf den Namen eines Lieferanten (Landwirts) im Saalkreise ausgefertigt haben, vom Mittwoch, den 24. Oktober an fortgesetzt und zwar:

Am Mittwoch, den 24. Oktober, von ½9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: Thomasiusstr. 38/39, Forsterstr. 24.

Am Donnerstag, den 25. Oktober, von ½9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für die Haushaltungen der folgenden Markenausgabestellen: Ludwig Wuchererstr. 7, Friedrichstr. 23.

Wegen Aushändigung der Bezugsscheine auf die später abgegebenen Bestellscheine ergeht besondere Bekanntmachung.

Für jeden Zentner ist bei der genannten Stelle die vorgeschriebene Kommissionsgebühr von 25 Pfg. zu zahlen.

Behufs glatter Abwickelung der Geschäfte ist die vorstehende Ordnung über die Aushändigung genau einzuhalten.

Weitere Auskünfte über Aushändigung der Bezugsscheine werden im Stadternährungsamte, Markt 22, 1 Treppe, Saal links, (Kartoffelkartothek), erteilt.

Halle, den 23. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß jede Erkrankung und jeder Todesfall an übertragbarer Ruhr (Dysenterie) der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde innerhalb vierundzwanzig Stunden nach erlangter Kenntnis anzuzeigen sind.

Wechselt der Erkrankte die Wohnung oder den Aufenthaltsort, so ist dies innerhalb vierundzwanzig Stunden nach erlangter Kenntnis bei der Polizeibehörde, bei einem Wechsel des Aufenthaltsortes auch bei derjenigen des neuen Aufenthaltsortes zur Anzeige zu bringen.

Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschließlich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet.

Auf Schiffen oder Flößen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Floßführer oder deren Stellvertreter.

Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Mit Aufgabe zur Post gilt die schriftliche Anzeige als erstattet. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldekarten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die ihm obliegende Anzeige schuldhaft unterläßt. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist.

Halle, den 2. Oktober 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Familien-Nachrichten.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner mir unvergeßlichen lieben Frau, Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Tante und Schwägerin

Emma Winzer geb. Böhme

im Alter von 31 Jahren, sagen wir allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten, unseren herzlichsten Dank. Meinen Dank Herrn Pastor Bodenstein für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Lehrer Heyse nebst Schuljugend für den erhebenden Gesang. Auch herzlichsten Dank meinen werten Arbeitskollegen, die sie zur letzten Ruhestätte geleiteten. Besonderen Dank Herrn Dr. Böhme für seine aufopfernde Behandlung, sowie der Schwester Marie für ihre liebevolle Pflege am Krankenlager.

Radewell, den 21. Oktober 1917.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Paul Winzer nebst Kindern, Elsa und Hilda.

Sie war so jung, so treu und gut,
Die jetzt in kalter Erde ruht. *1306

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171023-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Oktober 1917.

Reiseverkehr und Urlaubseinschränkung.

Die Durchführung der Kriegsmaßnahmen und die Aufgaben der Eisenbahnverwaltung für das wirtschaftliche Durchhalten in der Heimat haben es erforderlich gemacht, den Urlaubsverkehr vom Feld- und Besatzungsheer ganz erheblich einzuschränken. Auf Veranlassung des Kriegsministeriums hat das stellvertretende Generalkommando des 11. Armeekorps daher angeordnet, daß bis auf weiteres Urlaub an Angehörige des Besatzungsheeres, und zwar an Offiziere, Beamte und Mannschaften, nur noch erteilt werden kann:

1. für dringende Kriegswirtschaftszwecke; 2. für landwirtschaftliche Arbeiten, jedoch nach Beendigung der Herbstbestellung nur noch in den allerdringendsten Notfällen; 3. an Verwundete und Kranke, die aus dem Felde in die Heimat zurückgekehrt sind, vor der Wiedersendung an die Front; 4. an Leute, die erstmalig ins Feld gehen und seit mehr als drei Monaten nicht beurlaubt waren; 5. zur Wiederherstellung der Gesundheit nach Verwundung oder Erkrankung, auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses; 6. in dringenden Notfällen (schwere Erkrankung oder Todesfall von Frau, Kindern oder Eltern).

Zu gleicher Zeit wird die dringende Aufforderung an die Angehörigen der beim Besatzungsheer stehenden Truppen gerichtet, ihrerseits den Zweck der Maßnahmen nicht durch häufige Besuchsreisen in die Standorte der Truppen, besonders an den Sonn- und Festtagen, zu vereiteln. Das stellvertretende Generalkommando würde sich sonst zu entsprechenden Gegenmaßnahmen genötigt sehen und unter Umständen zu gänzlicher Absperrung der Standorte vom Personenverkehr an bestimmten Tagen schreiten müssen.

Auch für alle übrigen deutschen Armeekorpsbezirke werden, wie wir erfahren, Verfügungen in der vorbezeichneten Weise erlassen werden.

Von der Abonnentenversicherung.

Der Ausgang einer durch das Erfurter Arbeitersekretariat vertretenen Unfallstreitsache gibt, wie der Erfurter Tribüne berichtet wird, wieder erneut Anlaß, auf die Schattenseiten der Abonnentenversicherung hinzuweisen. In dem einen hier in Frage kommenden Falle hatte ein Arbeiter sich in einer Fabrik durch schweres Heben einen inneren Schaden zugezogen, der eine Lungenentzündung zur Folge hatte und zum Tode führte. Die Witwe klagte gegen die Berufsgenossenschaft auf Zahlung der Hinterbliebenenrente. Es folgten die üblichen sich widersprechenden ärztlichen Begutachtungen über die Frage, ob die Todesursache im ursächlichen Zusammenhange mit dem Unfalle stehe, und ein umständliches Rentenstreitverfahren. Schließlich erklärte sich die Berufsgenossenschaft bereit, die gesetzliche Rente zu zahlen. Zugleich hatte aber die Witwe auch ein Klageverfahren gegen die Neue Boatländische Zeitung anhängig gemacht, um die Auszahlung einer Versicherungssumme von 1000 Mark zu erwirken, auf die sie nach den Bestimmungen einer Abonnentenversicherung Anspruch zu haben glaubte. Der Rechtsstreit endete mit Abweisung der Klage durch das Landgericht in Plauen. Obwohl also die Berufsgenossenschaft einen tödlichen Unfall als vorliegend anerkannt hatte und bereit war, eine Rente zu zahlen, enthielten die Versicherungsbedingungen der Zeitung gewisse Klauseln, die das Landgericht zur Nichtanerkennung des Klageanspruchs veranlaßte. Mit Rücksicht auf die Notlage der Witwe zeigte der Verlag der Zeitung insofern ein von Anstand zeugendes Entgegenkommen, daß er der Frau 200 Mark als Abfindung zahlte. Doch wird diese Summe wieder zu einem wesentlichen Teil aufgezehrt durch die im Verlaufe des Klageverfahrens entstandenen Kosten.

In einem anderen Falle hatte das Erfurter Arbeitersekretariat die Klage eines unfallverletzten Arbeiters gegen die Abonnentenversicherung „Nach Feierabend" vor dem hiesigen Amtsgericht zu vertreten. Der Kläger hatte eine Quetschung des rechten Armes erlitten. Seine Erwerbsbeschränkung betrug zunächst 20 Prozent. Doch trat später eine Verschlimmerung ein, so daß in einem Rentenstreitverfahren vor dem Oberversicherungsamt der begutachtende Arzt die Erwerbsunfähigkeit des Verletzten auf 75 Prozent einschätzte. Gestützt auf diese Feststellung glaubte der Mann, nun auch seine Forderungen gegenüber der Abonnenten-Versicherung geltend machen zu können. Doch hatte er seine Rechnung ohne die Bestimmung in den Versicherungsbedingungen gemacht, daß die Versicherung nur für die Folgen eines Unfalles Entschädigung zahlt, die sich sofort oder innerhalb drei Monaten nach dem Ereignis zeigen. Im weiteren Verlaufe des Klageverfahrens vor dem Amtsgericht erklärte sich die Beklagte zur Zahlung einer Entschädigung von höchstens 40 Prozent oder 120 Mark bereit. Auf dieser Grundlage kam schließlich ein Vergleich zustande, weil sonst die Gefahr bestand, daß der Klageanspruch überhaupt abgewiesen wurde. Dem Kläger war zwar eine Entschädigung von 120 Mark zuerkannt worden, doch kamen hiervon 12 Mk. „Regulierungs"kosten und 40,40 Mk. sonstiger Kosten in Abzug, so daß ihm nur die Summe von 67,60 Mk. verblieb.

In beiden hier angeführten Fällen handelt es sich um schwere Unfälle. Doch glaubten die Träger der Abonnentenversicherungen überhaupt nicht oder nur zum kleinen Teil entschädigungspflichtig zu sein, weil die Voraussetzungen nicht voll und ganz erfüllt waren. Bemerkt sei, daß beide Verletzte langjährige Leser der in Frage kommenden Blätter waren. Die Bedingungen der Abonnentenversicherungen sind aber in der Regel mit so vielen „wenn" und „aber" durchsetzt, daß es für den Laien sehr schwierig ist, sich darin zurechtzufinden. Treten Unglücksfälle ein, so sind Enttäuschungen nicht selten. Und darum erachten wir es auch für unsere Pflicht, vor dem Abschluß solcher Abonnentenversicherungen zu warnen. Wer sich heute versichern will, hat allerorts genügend Gelegenheit, dies auf genossenschaftlicher Grundlage zu tun, indem er sich der Volksfürsorge in Hamburg anschließt. Nur eine Versicherung, die mit der Absicht ins Leben gerufen wurde, für das Allgemeinwohl zu wirken und dabei private Interessen nicht als berechtigt anerkennt, kann soziale Vorteile bringen.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 962. Karl Rausch bish. verm., war verletzt, zur Truppe zurück. Bruno Scheibel gefallen 3. 1. 17. Ernst Stöber gestorben an seinen Verletzungen.

Preußische Verlustliste Nr. 963. Paul Arnold l. verw. Gefr. Ernst Grimpen l. verw. Ludwig Marciniak l. verw. Karl Matschke gefallen.

Kaiserliche Marine. Verlustliste Nr. 128. Bruno Würner, Bootsm.-Maat, verm. Ernst Heimstädt, Ober-Bootsm.-Maat, verm. Kurt Heintze, Torpedo-Heizer, bish. verm., tot. Paul Linge, Ober-Bootsm.-Maat, verm.

Preußische Verlustliste Nr. 964. Leutn. d. Res. Otto Ebeling tödlich verunglückt. Walter Fuchs l. verw. Gefr. Willi Hohmann, abermals, und zwar schw. verw. Kurt Radke l. verw., bei der Truppe. Hugo Schmidt schw. verw. Fritz Schubbot gefallen. Fritz Twardzik schw. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 965. Friedrich Danziger gefallen. Otto Engler bish. verm., in Gefangensch. Gefr. Ernst Grassel in Gefangensch. 15. 9. 14. Artur Keil bish. verm., zur Truppe zurück. Otto Rauchfuß l. verw. Karl Zimmermann II bish. verm., in Gefangensch.

Preußische Verlustliste Nr. 966. Otto Bobach l. verw. Vizewachtmeister Erich Kathe schw. verw. Offizierstellvertr. Otto Kehr bish. verm., in Gefangensch. Krankenträger Paul Ochse bish. verm., in Gefangensch. Unteroffiz. Paul Schmuhl gefallen. Leutn. d. R. Heinrich Weik bish. schw. verw., gestorben. Unteroffiz. Franz Zander durch Unfall leicht verletzt.

Preußische Verlustliste Nr. 967. Willi Achterberg l. verw., bei der Truppe. Richard Albrecht l bish. schw verw., gestorben. Karl Bromme l. verw. Walter Fuchs l. verw, bei der Truppe. Otto Hörerz l. verw. Fritz Klinkert l. verw. Karl Kluge l. verw. Willi Kranert l. verw. Kurt Krüger l. verw., bei der Truppe. Gefr. Ernst Lotzmann l. verw. Gefr. Bernhard Meinhardt aus Trotha, verw. 5. 10. 14. Friedrich Mertin l. verw. Otto Meyer aus Giebichenstein verw. 7. 9. 14. Unteroffiz. Otto Müller l. verw. Emil Paarsch l. verw. Unteroffiz. Friedrich Rose l. verw. Artur Schaffernicht l. verw. Paul Worm gefallen.

Sächsische Verlustliste Nr. 452. Gefr. Wilhelm Gericke aus Giebichenstein bish. verm., gefallen.

---

* **Zur Kohlenversorgung** teilt die Ortskohlenstelle „allen Haushaltungen" mit: Da die Zufuhr von Kohle seit der vergangenen Woche ganz bedeutend abgenommen hat, wird unsere Bekanntmachung vom 13. Oktober — Erlaubnis zur Ausführung einer zweiten Lieferung — hiermit wieder aufgehoben. Es bleibt also nach wie vor verboten, einem Haushalt **mehr als einmal** 20 bis 25 Zentner Briketts auf Jahresschein zu liefern.

* **Beschlagnahme von Spinnpapier und Papiergarn.** Am 23. Oktober, heute, ist eine Bekanntmachung über Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden, sowie Meldepflicht über Papiergarnerzeugung unter gleichzeitiger Aufhebung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1917 in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung wird beschlagnahmt: alles Spinnpapier, ferner alles Papiergarn, Zellstoffgarn und aller Papierbindfaden, welche aus Spinnpapier allein oder unter Mitverwendung von Faserstoffen hergestellt sind, soweit sie sich nicht zurzeit des Inkrafttretens der Bekanntmachung im Besitze von Händlern oder Webern (einschließlich Spinnwebern) befinden. Ausgenommen von der Bekanntmachung sind Erzeugnisse, die aus Papier und Bastfasern bestehen. Trotz der Beschlagnahme ist die Veräußerung und Lieferung von Spinnpapier erlaubt; jedoch nach dem 5. November 1917 nur gegen den vorgeschriebenen Bezugsschein. Die Veräußerung von Papiergarn, Zellstoffgarn usw. ist zur Erfüllung von Aufträgen der Heeres- und Marinebehörden unter besonderen Bedingungen gestattet. Ferner dürfen natronzellstoffhaltige Garne, reine Sulfitgarne und Bindfäden veräußert und geliefert werden, sofern die in der Bekanntmachung vorgeschriebenen Bedingungen innegehalten werden. Jede hiernach erlaubte Lieferung ist an die Innehaltung bereits festgesetzter oder noch festzusetzender Höchstpreise oder sonst vorgeschriebener Höchstpreise nach Maßgabe der näheren Bestimmungen der Bekanntmachung gebunden. Ebenso ist, ungeachtet der Beschlagnahme, eine Verarbeitung der beschlagnahmten Stoffe unter besonders angegebenen Bedingungen gestattet. Die Hersteller von Papiergarn werden einer Meldepflicht unterworfen. Ausnahmen von den Vorschriften der Bekanntmachung können durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kgl. Preußischen Kriegsministeriums in Berlin SW 48, Verl. Hedemannstr. 10, auf Grund schriftlicher mit Begründung versehener Anträge an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Sektion Paga., bewilligt werden.

* **Eine Erweiterung der Wassergewinnungsanlage für das Wasserwerk** wird in der Aue südl. Ammendorf durch die Stadt vorgenommen. Zu den bereits vorhandenen werden neue Heberleitungen gelegt, die dem Wasserwerk eine reichlichere Menge Wasser zuführen sollen. Die von der Stadt kürzlich durch Kauf erworbene Gewässe mit der Steinlache ist durch eine unterirdische Leitung mit der Saale verbunden worden, so daß diese Gewässer künftig den gleichen Wasserstand erhalten wie die Saale. Damit wird eine genügende Speisung der Heberleitung mit Wasser, das durch die vorhandene Kiesschicht sickert, erwartet und die ausreichende Versorgung der Stadt Halle mit Trinkwasser ist auch in trockenen Jahren sichergestellt.

* **Aus Anbauverträgen entstehende Streitigkeiten,** will die Provinzialstelle für Gemüse und Obst mit folgender Verfügung beilegen: Entstehen aus einem Anbauvertrage Streitigkeiten über die zu liefernden Mengen, so bestimmt vorläufig der zuständige Amtsvorsteher diese und ordnet deren Sicherstellung zugunsten des Antragstellers oder deren sofortige Lieferung an. Anderweite Verwendung oder Nichtlieferung der so sichergestellten Mengen wird gemäß der Verordnung vom 19. August 1917 bestraft. Die endgültige Entscheidung bleibt nach den Lieferungsverträgen den Schiedsgerichten vorbehalten.

* **Es gibt wieder Wäschestärke.** Auf die Vorstellung des Reichsverbandes Deutscher Städte hat sich die Kartoffeltrocknungs-Gesellschaft bereit erklärt, den Städten Wäschestärke zur Verteilung an die Ortsbehörden abzugeben.

* **Zur Papiernot der Zeitungen** bringt die Anhaltische Harzzeitung den folgenden beweglichen Klagerauf: „Die jammervolle Papierversorgung, unter der wir nun schon seit Mai dauernd stehen, zwingt uns, die Zeitung heute nur in einem Umfange von zwei Seiten herauszugeben. Ob sie morgen erscheinen kann, hängt davon ab, ob die armseligen zwei Ballen (!) Papier, die sich als Eilgut unterwegs befinden sollen, bis morgen mittag herankommen." — Wie widersinnig mutet bei dieser ständigen Papiernot der Zeitungen eine Mitteilung der Dresdener Volkszeitung an, daß allein in Dresden die Verleger von Schundliteratur ein monatliches Bezugsrecht von weit über 70 000 Kilogramm Papier besitzen!

* **Ueber Luther und die Musik** wird Prof. Dr. H. Abert am nächsten Vortragsabend des Bundes für Volkskraft, Donnerstag, den 25. Oktober, in den Thalia-Sälen sprechen. Der Vortrag wird sich jedoch, wie man uns schreibt, weniger mit den oft behandelten musikalisch-liturgischen Fragen im einzelnen beschäftigen, sondern mit Luthers musikalischer Entwicklung, seinen Anschauungen über die Tonkunst und seinen Werken, kurz mit seiner musikalischen Individualität und dabei auch sein Verhältnis zur Kunst seiner Zeit und seine hohe Bedeutung für die weitere Entwicklung der deutschen Musik würdigen.

* **Ackerverpachtung des Bundes für Volkskraft.** Der Acker Mosengarten 2 ist fertig eingeteilt und mit Nummern versehen. Die Kleinpächter werden ersucht, am Mittwoch, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, mit vier mit Acker Namen versehenen Pfählen ausgerüstet, sich auf dem Acker einzufinden. Ebenso ist die rote Ackerkarte mitzubringen. Um die genannte Zeit wird von der Geschäftsstelle des Bundes jemand zur Stelle sein, der die einzelnen Parzellen anweist. Es ist dringend notwendig, daß alle Kleinpächter zur Stelle sind, denn es ist natürlich ganz unmöglich, daß bei Unklarheiten jemand später noch an Ort und Stelle Auskunft gibt.

Zu den bereits ausgegebenen 17 Morgen Ackerland an der Delitzscher Straße sind 10 Morgen an derselben Straße hinzugekommen. Alle diejenigen, die in dieser Gegend Acker zu pachten wünschen, werden ersucht, sich auf der Geschäftsstelle des Bundes gegen Bezahlung der Hälfte der Pacht eine Ausweiskarte ausstellen zu lassen. Der Acker wird voraussichtlich in der nächsten Woche eingeteilt und verteilt.

•

Es sei noch einmal dringend darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, daß sämtliche Aecker möglichst bald gründlich umgegraben werden. Wird das Umgraben erst im Frühjahr besorgt, dann leidet die Ernte sehr stark darunter. Alle Parzellen.

6]

Das Kloster bei Sendomir.

Novelle von Franz Grillparzer.

Von dorther holst du deine Besorgnisse? Von dorther deinen Wunsch, zu reisen? Und die Reisegefährtin wohl auch? Durch das Gerücht mußte ich erfahren, wie eine verhüllte Gestalt, wahrscheinlich eine glücklichere Geliebte, dort abgesetzt ward, zu der du nun allnächtlich die Zärtlichkeit trägst, die du an dem Altar mir zugeschworen? Ist das mein Lohn? Kommt! Wir wendete sie sich zu dem danebenstehenden Kinde, kommt! Wir sind ihm zur Last! Er hat andere Freuden kennengelernt als in dem Kreise der Seinen! Damit wendete sie sich zum Gehen. Ein gellendes Hohngelächter entfuhr dem Munde des Grafen, über das er selbst zusammenschrak, wie über das eines andern. Elga wendete sich um. Ich wußte wohl, sagte sie, daß es nur Scherz war. Aber die Enthüllung des Geheimnisses jener Warte erspart du dir noch nicht. Ich muß selbst schauen, was sie verbirgt. Versprichst du mir das? — Der Graf war auf ein Ruhebett gesunken und verhüllte das Gesicht in seine beiden Hände. Da hörte er eine Tür gehen. Durch die Finger blickend, sah er das Kammermädchen seiner Frau, die eben mit ihrem Nachtzeuge eintreten wollte, und Elgan, die mit einem listigen Gesicht ihr Entfernung zuwinkte. Elga nahte hierauf den Ruhebett, und sich neben ihren Gatten hinsetzend, sprach sie: Komm, Starschenski, lak uns Frieden schließen! Wir haben uns ja doch schon so lange nicht ohne Zeugen gesprochen. Damit neigte sie ihre Wange an die seinige und zog eine seiner Hände an ihr klopfendes Herz. Ein Schauder überfiel den Grafen. Höllenschwarz stand's vor ihm. Er stieß sein Weib zurück und entfloh.

„Mitternacht hatte geschlagen. Alles im Schlosse war still. Elga schlief in ihrem Zimmer. Da fühlte sie sich angefaßt, und aus dem Schlafe emporfahrend, sah sie beim Schein der Nachtlampe ihren Gatten, der, eine Blendlaterne in der Hand, sie aufstehen und sich ankleiden hieß. Auf ihre Frage: wozu? entgegnete er: sie habe Verlangen gezeigt, die Geheimnisse jener Warte kennen zu lernen. Am Tage ginge das nicht an; wenn sie aber Finsternis und Nachtluft nicht scheue, so möge sie ihm folgen. Aber hast du nichts Arges im Sinne? sagte die Gräfin; du warst gestern abend so sonderbar! — Wenn du nicht folgen willst, so bleibe! sprach Starschenski und war im Begriff, sich zu entfernen. Halt! rief Elga. Wenn Furchtsamkeit der Weiber allgemeines Erbteil ist, so bin ich kein Weib. Auch muß dieser Zustand von Ungewißheit enden. Vielleicht bist du in dich gegangen, hast erkannt. — Wenn du dich überzeugen willst — sprach Starschenski, so sieh auf und folge mir. — Elga war aus dem Bett gesprungen und hatte einen Schlafpelz übergeworfen. Sie wollte gehen. Aber indes war das Kind erwacht, das in dem Bett ihr zur Seite schlief. Es fing an zu weinen. Dein Kind wird die Bewohner des Schlosses wecken, sagte der Graf. Da, ohne ein Wort zu sprechen, nahm Elga die Kleine empor, wickelte sie in ein warmverhüllendes Tuch, und das Kind auf dem Arme, folgte sie dem leitenden Gatten.

„Die Nacht war kühl und dunkel. Die Sterne zwar schimmerten tausendfältig am trauergefärbten Himmel, aber kein Mond beleuchtete der Wanderer einsamen Pfad, nur des Grafen Blendlaterne warf kurze Streiflichte auf den Boden und die untersten Blätter der mitternächtig schlummernden Gesträuche.

„So hatten sie den von seiner ehemaligen Benützung so genannten Tiergarten durchschritten und waren nun bei jener Warte angelangt, dem eigentlichen Ziele ihrer Wanderung. Da wendete der Graf sich um zu seiner Gattin und sprach: Du bist nun im Begriff, das verborgenste Geheimnis deines Gatten zu erforschen. Du willst ihn überraschen über dem Bruche seiner ehelichen Treue, ihn beschämen in Beisein einer verworfenen Geliebten. Es ist billig, daß Gefahr und Unheil auf beiden Seiten gleich sei. Bevor du eintrittst, schwöre mir, daß du selber nie eines gleichen Frevels dich schuldig gemacht, daß du rein seist an dem Verbrechen, dessen du zeihst deinen Gatten. Du suchst Ausflüchte, sprach Elga. Weib! fuhr der Graf fort, durchgeh in Gedanken dein verflossenes Leben, und wenn du eine Makel, ich will nicht sagen ein Brandmal, darin entdeckst, so tritt nicht ein in dieses Gemäuer. Elga drängte sich, am Grafen vorbei, dem Eingange zu. Er stellte sich ihr von neuem in den Weg, indem er ausrief: Du gehst nicht ein, bevor du mir's eidlich versichert. Lege deine Hand auf das Haupt deines Kindes und schwöre! — Da legte Elga die Rechte auf das Haupt der schlummernden Kleinen und sprach: So überflüssig mir ein solcher Schwur scheint, so gut du selbst davon überzeugt bist, wie sehr er es sei, so beträtige ich doch! — Halt! schrie Starschenski, es ist genug. Tritt ein und sieh!

„Der Graf schloß auf. Sie stiegen eine schmale Wendeltreppe hinan, die zu einer gleichfalls verschlossenen Tür führte. Der Graf öffnete auch diese, und nun traten sie in ein geräumiges Gemach, dessen hinterster Teil durch einen dunklen Vorhang abgeschlossen war. Der Graf setzte Stühle an einem vorgeschobenen Tische zurecht, entzündete an dem Lichte seiner Blendlaterne zwei Wachskerzen in schweren, ehernen Leuchtern, zog aus der Schublade des Tisches ein Heft Papiere hervor und winkte seiner Frau, sich zu setzen, indem er sich gleichfalls niederließ. Elga sah rings um sich her, bemerkte aber niemand. Sie saß und hörte.

„Da begann der Graf, dem Lichte näherrückend, zu lesen aus den Papieren, die er hielt: „Auch bekenne ich, mit der Tochter des Starosten Laschek unerlaubte Gemeinschaft gepflogen zu haben; vor und nach ihrer Vermählung mit dem Grafen Starschenski. Ihrer Ehe einziges Kind — " Unerhörte Verleidung! schrie Elga und sprang auf. Wer wagt es, mich solcher Dinge zu zeihen? — Oginski! rief der Graf. Steh auf und bekräftige deine Aussage! Bei diesen Worten hatte er den Vorhang hinweggerissen, und eine Mannesgestalt zeigte sich, auf Stroh liegend, mit Ketten an die Wand gefesselt. Wer ruft mir? fragte der Gefangene. Elga ist hier, sagte der Graf, und fragt, ob es wahr sei, daß du mit ihr gekost? — Wie oft soll ich's noch wiederholen? sagte der Mann, sich in seinen Ketten umkehrend, ich habe sie genossen! — Hörst du? schrie der Graf zu seiner Gattin, die bleich und erstarrt dastand. Nimm hier den Schlüssel und öffne die Fesseln dieses Mannes! Elga zauderte. Da riß der Graf seinen Säbel halb aus der Scheide, und sie ging. Klirrend fielen die Ketten ab, und Oginski trat vor. Was wollt Ihr von mir? sagte er. Du hast mich im tiefsten verletzt, sprach der Graf. Du weißt, wie Männer und Edelleute ihre Beleidigungen abtun. Hier nimm diesen Stahl, fuhr er fort, indem er einen zweiten Säbel aus seinem Oberrock hervorzog, und stelle dich mir! — Ich mag nicht fechten! sagte Oginski. — Du mußt! schrie Starschenski und drang auf ihn ein. Mittlerweile hörte man Geräusch auf der Treppe. Elga, die unbeweglich dagestanden hatte, sprang jetzt der Tür zu und versuchte, diese zu öffnen, indem sie laut um Hilfe schrie. Starschenski ereilte sie, da sie eben nach der Klinke griff, stieß das Weib zurück und schloß die Tür ab. Die Zwischenzeit benützte Oginski, und während der Graf noch am Eingange beschäftigt war, riß er das Fenster auf und sprang hinab. Der Fall war nicht tief; Oginski erreichte unbeschädigt den Boden, und als der Graf von der Tür weg zum Fenster eilte, verhallten bereits die Fußtritte des Entflohenen in weiter Entfernung.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171023-13/fragment/page=0005

die bereits in diesem Jahre vergeben waren, lassen sich leicht umgraben Schwierigkeiten machen allein die neuen Aecker am Canenaer Weg 2, an der Delitzscher und Artillerie-Straße. Hier muß erst Regen abgewartet werden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß der neue Acker am Canenaer Weg in der Größe von 69 Morgen auf sieben Jahre fest gepachtet ist. Auf diesem Acker sind noch etwa 100 Parzellen zu vergeben. Außer dem bisher gepachteten Land sind uns noch 100 bis 200 Morgen angeboten, so daß wir noch über 1000 Familien mit Ackerland versorgen können.

Der **Kalidünger** kann entweder jetzt oder ein paar Wochen vor der Bepflanzung auf den Acker gebracht werden. Er muß auf die Oberfläche des Ackers gestreut und dann am besten mit einer Hacke mit dem Ackerboden vermischt werden. Es ist darauf zu achten, daß keine festen Knollen verbleiben, vielmehr muß der Dünger fein verteilt werden.

E. Abderhalden.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, den 23., kommt Figaros Hochzeit in der bekannten Besetzung zur Wiederholung. Morgen, Mittwoch, findet die letzte Aufführung des dionysischen Schwanks Jahrmarkt in Pulsnitz statt. Am Donnerstag wird die komische Oper Giroflé-Girofla wiederholt. Die nächste Aufführung der komischen Oper von Pergolesi La Serva Padrona und des Lustspiels Der zerbrochene Krug ist auf Sonnabend, den 27., angesetzt. Am Sonntag, den 28., wird abends 7½ Uhr Mozarts Don Juan in neuer Einstudierung gegeben. Nachmittags 3½ Uhr kommt als Volksvorstellung das Lustspiel Der Herr Senator zur Aufführung. Die Proben zum Lienhardschen Luther auf der Wartburg haben bereits begonnen. Die Erstaufführung des Werkes ist auf Mittwoch, den 31., (Reformationsfest) angesetzt.

* **Der Volkspark** veranstaltet morgen, Mittwoch, nachmittag wiederum eines seiner so beliebten Verwundeten-Freikonzerte. Der gute Besuch, den die Konzerte in den Sommermonaten stets aufwiesen, läßt hoffen, daß das Konzert auf die Freunde des Volksparks die alte Anziehungskraft auch weiter ausüben wird.

* **Im Apollo-Theater** bringt das Herrnfeld-Gastspiel als drittes Stück die lustige Komödie von Anton und Donat Herrnfeld: Onkel Lehnstuhl, in der Direktor Anton Herrnfeld und Ferdinand Grünecker die Hauptrollen spielen.

Die Kreisfleischstelle gibt bekannt: Gemäß § 12 der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 22. bis 28. Oktober als Wochenmenge etwa 200 Gramm Fleisch oder Wurst auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Saalkreises zur Verteilung. Kinder unter sechs Jahren erhalten die Hälfte. Die hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Von der Reichsfleischkarte werden die Abschnitte a bis h für den Empfang des Schlachtviehfleisches und der Wurst bestimmt. Von den Kinderfleischkarten gelten die Abschnitte a bis d.

Ammendorf. Geflügeldiebe suchen seit einiger Zeit auch die Umgegend von Ammendorf heim. So wurden kürzlich dem Landwirt Hoppe in Planena in einer Nacht fünf Hühner und wenige Tage später 25 Hühner gestohlen, obwohl sich scharfe Wachthunde auf dem Hofe befanden. Aerger noch wurde der Landwirt Sachse in Ammendorf (Beesen) heimgesucht, dem in einer Nacht fast der ganze Bestand — etwa 35 Hühner — gestohlen wurde. Von den Tätern fehlt in beiden Fällen jede Spur.

Stadt-Theater.

Der Prinz von Homburg. Daß sein letztes Schauspiel einmal zum sozusagen „preußischen Festdrama“ würde erhoben werden, das hätte sich Heinrich von Kleist bei seinen Lebzeiten wohl zu allerletzt träumen lassen. Denn da zerrieb und zerrüttete er sich seine besten Kräfte in dem Ringen um dichterische Anerkennung, um schließlich als letzten Ausweg aus bitterstem Elend und qualvoller Seelennot die leiderlösende Kugel zu wählen. . . . Wie der Prinz von Homburg in seinem somnambulen Zustande die Hand nach dem Lorbeer des Siegers vergeblich ausstreckt, so verzehrte sich Heinrich von Kleist an seiner Sehnsucht nach dem Absoluten, und er starb in der Erkenntnis, „daß mir auf Erden nicht mehr zu helfen war“. Ureigenstes Wesen des Dichters spiegelt sich so in der Gestalt des phantastisch-träumerischen Prinzen wider, dessen Impulsivität mit den starren Rechtsbegriffen preußisch-militärischer Disziplin in Konflikt gerät und der dadurch in tiefste seelische Verzweiflung gestürzt wird. Dieses starre Rechtsprinzip ist es auch, was uns heute das innere Verhältnis zur Dichtung etwas trübt, und nachhaltige Eindrücke von dem Werke vermag uns nur eine Aufführung zu geben, die all seine dramatische Spannkraft zu straffer Einheit fest zusammenfügt. In der gestrigen Aufführung bot Ludwig Massons Spielleitung wohl manche gute szenische Einzelheit, aber ein tieferer Gesamteindruck wurde nicht erreicht. Kurt Wilkes Prinz war ein sehr lobenswerter Versuch, das komplizierte Wesen dieses „sinnverwirrten Träumers“ in seinem innersten Kern zu erfassen; es gelang indes nur sehr bedingt. Das Jugendlich-Schwärmerische und Sorglos-Träumerische hätte man gern zarter, verfeinerter gesehen, die „Durchlaucht“ vornehmer und den Reitergeneral militärisch-mannhafter. Eugen Teuscher zeigte als Kurfürst von Brandenburg die kraftvolle Persönlichkeit, gefestigte Männlichkeit, den hohen Adel wahrhaft fürstlicher Gesinnung und auch das rein menschliche Empfinden des Fürsten nur unvollkommen ausgeprägt. Den alten Haudegen Kottwitz, hinter dessen militärischer Rauheit sich ein warmes, menschlich fühlendes Herz verbirgt, gab Hans Friedrich vortrefflich. Anmut und schlichte Herzlichkeit entfaltete Henriette Troeger als Natalie, Olga Biedermann gab der farblosen Gestalt der Kurfürstin Leben, was Karl Zistig mit dem Grafen Hohenzollern weniger gut glückte.

Der Beifall, den das Haus der Darstellung äußerst freigebig spendete, nahm mitunter große Wärme an.

Gewerkschaftliches.

Keine Teuerungszulagen im Baugewerbe.

Die Arbeiterverbände des Baugewerbes wandten sich an das Ministerium des Reichsamts des Innern, als der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ein Verhandeln über Teuerungszulagen abgelehnt hatte. Am 5. Oktober hat, wie der Grundstein mitteilt, Ministerialdirektor Dr. Caspar den Verbänden mitgeteilt, in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberverbandes sei die Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage abgelehnt worden. Der Ausschuß habe deshalb den Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er unmittelbare Verhandlungen des Arbeitgeberbundes mit ihnen als zwecklos ablehnen müsse. Auch Verhandlungen unter Leitung des Reichsamts des Innern halte er nach der Stimmung unter den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses für völlig aussichtslos, und es würde dies, falls das Reichsamt des Innern zu solchen Verhandlungen einladen sollte, auch von vornherein erklären müssen. Unter diesen Umständen sehe der Ministerialdirektor sich zu seinem Bedauern zur Zeit nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Teuerungszulage einzuladen. Der Grundstein erklärt resigniert, die Vorstände der drei Arbeiterverbände würden sich noch vor Ende dieses Monats mit dieser Sachlage beschäftigen. Bleiben sie ihrer bekannten Taktik, die sie während des Krieges eingenommen haben, treu, so werden sie an der Entscheidung der Unternehmer nichts ändern können.

Ums tägliche Brot.

Fische, Zucker, Milch.

Den Berliner Pressevertretern sind im Kriegsernährungsamt Mitteilungen über die Nahrungsmittelversorgung der nächsten Zeit gemacht worden, über die der B. berichtet: Fisch-, Zucker- und Milchversorgung waren die Hauptfragen. Die Fische sind knapp, weil die Hochseefischerei und die Einfuhr nachgelassen hat. An sich sind die Verbrauchsmengen nicht mal gering, aber aus begreiflichen Ursachen hat die Nachfrage sehr stark zugenommen, so stark, daß sie besonders in der kälteren Jahreszeit nicht befriedigt werden kann. Als Ersatz sollen wieder Muscheln auf den Markt kommen, wobei — so versichert man — die im vorigen Jahr beobachteten Mißstände sich nicht wiederholen werden. Verarbeitung zu Konserven, dem berüchtigten „Muschelfleisch“, soll möglichst unterbleiben. Für Freunde des Weihnachtskarpfens war es ein „Trost“ zu hören, daß er diesmal nicht fehlen wird. Aus der Binnenfischerei seien erhebliche Mengen zu erwarten. — Für den Zucker soll nächstens eine neue Verordnung erscheinen. Sie bringt keine grundsätzlichen Aenderungen, weil man meint, daß die frühere sich bewährt habe. Die Zuckermenge pro Kopf wird bei dem guten Ausfall der Rübenernte wahrscheinlich dieselbe wie bisher bleiben können, aber der Preis klettert weiter hinauf. Die andauernde Steigerung der Rübenpreise führt jetzt zu einer Steigerung auch der Zuckerpreise, das ist die notwendige Folge. Erwartet wird eine Erhöhung des Kleinhandelspreises auf 38 bis 40 Pf. Auch die Aussicht, gelegentlich Rohzucker hinnehmen zu müssen, ist unerfreulich. Das Kriegsernährungsamt glaubt versichern zu können, daß in gesundheitlicher Hinsicht nichts gegen ihn einzuwenden sei. Große Mengen Zucker wird diesmal die Marmeladen- und Kunsthonigerzeugung erfordern. — Um die Versorgung mit Milch steht es bekanntlich recht übel. Dem Futtermangel ist es zuzuschreiben, daß die Milcherzeugung so stark zurückgegangen ist. Ungeachtet dieses Rückganges, sagte man uns im Kriegsernährungsamte, daß dort von dem Plan einer Verkürzung der Butterration noch nichts bekannt sei. Große Erwartungen knüpft das Kriegsernährungsamt an die neue Milchverordnung, die in Kürze herauskommen wird. Daß Vollmilch vor Butter geht, ist ihr Hauptgrundsatz. Vollmilch konnte bisher rationiert werden und wurde es schon vielfach, künftig aber muß sie rationiert werden, auch für Selbstversorger. Ueberall wird Vollmilchverkauf nur noch gegen Karte oder Listen gestattet sein. Zur Bekämpfung des Schleichhandels wird auch der Versuch einer Uebertretung der Vorschriften für strafbar erklärt werden.

Allerlei.

Vorläufig kein früherer Ladenschluß in Berlin. Der Berliner Polizeipräsident hat dem Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins auf seine Eingabe wegen Verkürzung der Geschäftszeit geantwortet, daß er zurzeit eine Aenderung der Verkaufszeit für Ladengeschäfte nicht beabsichtige.

Prinzen werden mit neun Jahren schon Leutnant. Das offiziöse W. T. B. meldet folgende Hofnachricht: Berlin, 22. Oktober. Prinz Louis Ferdinand von Preußen, der zweitälteste Sohn unseres Kronprinzenpaares, ist anläßlich des Geburtstages Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin zum Leutnant im 1. Garde-Regiment z. F. mit einem Patent vom 9. November, an welchem Tage der Prinz sein 10. Lebensjahr vollendet, ernannt worden.'

Aus London melden die Depeschen, die über neutrale Länder hierher gelangen: Einen großen Teil der englischen Blätter füllen jetzt Erörterungen über deutsche Fliegerangriffe und besonders die auf London. Man habe sich darauf geeinigt, daß gewarnt werden solle. Automobile mit der Aufschrift „Deckung suchen“ fahren durch die Straßen und Polizisten zu Rade besuchen auch die kleinsten Gassen. Außerdem heulen Warnungssignale über die Stadt. Viele Keller in London sind komfortabel eingerichtet. In englischen Blättern wird als hervorragendes Mittel gegen die Fliegeraufregung der dauernde Genuß heißer Getränke empfohlen. Als besonderer Schutzort gilt die Untergrundbahn. Es steht fest, daß die Londoner eine sehr hohe Meinung von dem Mut und der Leistungsfähigkeit der deutschen Flieger haben und mit ihr eine sehr kräftige Kritik an den englischen Abwehrmaßregeln und ihre Durchführung verbinden.

Ein englisches Theaterschiff. Für die britische Flotte hat man alle möglichen Einrichtungen getroffen, um den Matrosen die Zeit zu vertreiben. So gibt es, nach einem Bericht der Daily News, heute fast auf jedem größeren britischen Kriegsschiff ein Filmtheater, das Neuste aber ist ein regelrechtes Theaterschiff. Dieses Schiff ist mit einer Bühne, mit Kulissen, maschinellen Einrichtungen, Orchesterraum, Zuschauerplätzen usw. versehen. Das Theaterschiff hat keinen bestimmten Standort, sondern besucht der Reihe nach die einzelnen Kriegsschiffe, es wird an die Bordseite des Kreuzers gesteuert, ein Laufbrett verbindet das Kriegsschiff mit dem schwimmenden Theater, und die Offiziere und Mannschaften haben nur über dieses Brett zu schreiten, wenn die angekündigte Vorstellung beginnen soll. Wie das Blatt weiter bemerkt, will man das Theaterschiff jetzt auch zur Aufreizung der patriotischen Stimmung benutzen, indem man auf ihm Agitationsvorträge abhalten läßt.

Weitere schwere Brände in Amerika. Die Times erfährt aus Neuyork: Die amerikanische Presse berichtete in der letzten Zeit über schwere Brände an mehreren Orten. In Kansas City brannten 25 Schafhürden mit 11 000 Schafen und 3000 Schweinen nieder. In Brooklyn fielen große Mengen Getreide, das bereit lag, um nach Europa verschifft zu werden, den Flammen zum Opfer.

Heiteres.

In Deutschland! Bei meiner Fürsorgetätigkeit im Lazarett konnte ich mit einem Austauschverwundeten, einem jungen Vizefeldwebel, ins Gespräch. Er erzählte von seinem einjährigen Aufenthalt in Rußland, von der verhältnismäßig guten Behandlung, die er dort erfahren hat, und von der Erlösung aus der Gefangenschaft durch den Austausch. Die Rückkehr nach Deutschland durch Schweden hat einen ergreifenden Eindruck auf die Krieger gemacht, insbesondere durch die liebenswürdige Aufnahme in Schweden. Der Verwundete erzählt dann weiter: „In Saßnitz wurden wir von dem Roten Kreuz in Empfang genommen. Es standen Körbe mit Rosen und Körbe mit Maiblumen zur Verteilung bereit. Eine Dame trat mit einem Rosenstrauß auf mich zu, machte jedoch, als sie meine Charge sah, plötzlich halt, sagte: „Sie sind kein Offizier“, und die Rosen wanderten in den Korb zurück, während mir aus dem für Nichtoffiziere bestimmten Korbe ein Maiblumenstrauß überreicht wurde. Ich merkte, daß wir in Deutschland waren.“

(Simpl.)

Erstes Wiedersehen. „O Gott, diese Veränderung! — Auf Ehre und Gewissen, mein Herr, sind Sie wirklich der Mann, mit dem ich mich vor drei Jahren verheiratet habe?“

Die Vorschrift. Der Simplicissimus erzählt: Während der Saison fuhr in dem großen Badeort X. fast jede Nacht ein geschlossener Wagen durch die Straßen. Er brachte den Inhabern von Gasthäusern Fleisch, damit sie ihren Gästen reichliche Mahlzeiten vorsetzen konnten. Es ging alles glatt, bis das Fuhrwerk eines Nachts von dem diensttuenden Polizeibeamten angehalten wurde. „Verflucht,“ murmelte der Kutscher, „jetzt werden wir erwischt. Das wird eine schöne Geschichte werden.“ — „Hören Sie mal,“ fuhr ihn der Beamte an, „ich habe Sie schon wiederholt beobachtet. Sie fahren ja ständig ohne Licht. Sie wissen doch, daß nach unserer Straßenpolizeiverordnung jedes Fuhrwerk in der Dunkelheit eine angezündete Laterne haben muß. Wenn ich Sie noch einmal ohne Beleuchtung antreffe, zeige ich Sie an — verstanden?“ — Seit dieser Nacht fuhr der Wagen stets in strahlendem Glanze zweier Laternen. Er wurde nie mehr angehalten.

Der Sovjet gegen die Regierung.

London, 23. Oktober. Daily Mail meldet aus Petersburg: Der Präsident des Soldaten- und Arbeiterrats Trotzki trifft **eigenmächtige Vorbereitungen für die wirtschaftliche Versorgung Petersburgs** und für die **Uebernahme der Amtsfunktionen in Petersburg** während der Abwesenheit der Regierungsbehörden.

•

Kolumbia gegen Deutschland.

Bern, 22. Oktober. Der Temps meldet aus **Bogota**: Der Senat von Kolumbia nahm mit starker Mehrheit einen Antrag auf **Mißbilligung des Verfahrens des deutschen U-Boot-Krieges** an.

Erfolgreicher Hungerstreik. Ein Telegramm aus Irland meldet, daß die vier Sinnfeiner-Gefangenen, die einen Hungerstreik beschlossen hatten, **freigelassen** worden sind.

„Revolveranschlag“ auf Hervé. Paris, 22. Oktober. In dem Augenblicke, da Gustave Hervé zur Abendarbeit die Redaktion der Victoire in der Rue Montmartre betrat stürzte ein Anarchist (?) namens Lecoin mit geladenem Revolver auf ihn. Der Angreifer wurde von Polizisten, die den Redaktionseingang bewachten, unschädlich gemacht und zur Polizei gebracht. Hervé, der unverletzt blieb, wünschte nicht, daß der Ueberfall in die Oeffentlichkeit gelange.

Schweizer Friedensbemühungen.

Bern, 22. Okt. Die Schweizer Friedensgesellschaft hat auf ihrer Tagung in Olten eine Resolution angenommen, in der sie den schweizerischen Bundesrat einlädt:

1. Ohne Verzug eine außerparlamentarische Kommission, bestehend aus den hervorragendsten Staatsmännern, zu errichten und aus Volkswirtschaftlern zu bilden, um sie mit der Aufgabe zu betrauen, die Bedingungen zu studieren, unter denen **die Schweiz dem künftigen Völkerbund beitreten** könne;

2. möglichst in der nächsten parlamentarischen Tagung eine öffentliche Erklärung abzugeben, in der die Stellungnahme der Schweiz zu dieser Frage festgelegt wird, dadurch soll ähnlichen Erklärungen in anderen neutralen Ländern der Weg gebahnt werden, so daß die Kriegführenden erkennen, wie weit sie auf die Beteiligung der Neutralen am Völkerbunde rechnen können;

3. im geeigneten Zeitpunkt **einen internationalen Kongreß** einzuberufen mit der Aufgabe, die **grundlegenden Programmpunkte zu dem zukünftigen Völkerbund** festzusetzen.

Briefkasten der Redaktion.

A. G. 20. Sie unterlassen in Ihrer Anfrage die Angabe der Hauptsache: Warum fordert die Kasse die gezahlte Unterstützung zurück. Ist letztere wirklich zu Unrecht gezahlt, müssen Sie sie zurückerstatten.

100 a. Gegen die Kürzung der Militärhinterbliebenenrente läßt sich nichts machen; dagegen sind die Schreibgebühren anscheinend zu Unrecht erhoben. Die Begräbniskosten für die verstorbene Tochter bezahlt die Militärbehörde nicht. Sie müßten von der Gemeindebehörde getragen werden, wenn Sie hilfsbedürftig sind.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 24. Oktober: Wolkig, mild, etwas Regen.

Arbeitsmarkt

Für großen eisernen Hallenbau zu sofortigem Antritt gesucht:

Montagearbeiter, Vorarbeiter u. Schlosser

Meldungen auf der Baustelle

der R. Wolf A.-G. in Magdeburg-Fermersleben

bei Bauführer Behrend oder Monteur Dräger oder schriftlich bei

*1305 **Breest & Co., Berlin N., 20.**

Erfahrene

Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser

stellen ein 2408

Lange & Gellen,

Maschinenfabrik, Raffineriestraße 43.

Gebrauchte Roßhaare sof. zu kaufen ges. [2360] E. Dippold, Gr. Gosenst. 12.

Kamm-Waren kaufen Sie gut und billig im Kaufhaus 2407 **ELKAN**, Leipzigerstr. 87.

Saubere Hausmannsleute, welche gleichzeitig Aufwartung mit übernehmen, z. 1. Jan. gesucht. *1296 **Frau Schliebe**, Charlottenstraße 1.

Fleischergeselle für Rossschlächterei gesucht. 2404

Hermann Quandt, Langestr. 21.

Verschiedentliche Verstöße gegen die Bestimmungen im § 9, Abs. 2 und 3 unserer Verordnung über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl vom 15. August 1917 geben erneut Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Haushaltungsvorstände verpflichtet sind, **Veränderungen in der Kopfzahl der Haushaltungen mündlich oder schriftlich** binnen drei Tagen bei der zuständigen Marken-Ausgabestelle anzuzeigen.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft.

Halle, den 18. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Im Winter 1917/18 kann **Schnee und Eis** kostenlos **abgeladen** werden auf: 1. Kehrichtplatz an der Berliner Straße (kurz vor Diemitz); 2. Kehrichtplatz an der Barbarastraße; 3. Kehrichtplatz an der Wörmlitzer Straße; 4. Kehrichtplatz an der Mansfelder Straße; 5. Kehrichtplatz am Krähenberg; 6. Kehrichtplatz an der Feldstraße; 7. Schuttabladeplatz am Seebener Weg (ehemalige Tongrube); 8. Schuttabladeplatz ehemalige städtische Sandgrube am Goldberge.

Den Anweisungen der auf den Plätzen von der Polizeiverwaltung oder dem Magistrat aufgestellten Aufseher ist unbedingt zu folgen.

Halle, den 9. Oktober 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621917102З-13/fragment/page=0006